



Sächsischer Landtag

29. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:00 Uhr

Montag, 29. Februar 2016, Plenarsaal

Schluss: 13:19 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	2321	Henning Homann, SPD	2347
			Carsten Hütter, AfD	2347
	Bestätigung der Tagesordnung	2321	Valentin Lippmann, GRÜNE	2348
			Carsten Hütter, AfD	2348
			Valentin Lippmann, GRÜNE	2348
			Uwe Wurlitzer, AfD	2349
1	Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema: „Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen“		Valentin Lippmann, GRÜNE	2349
			Uwe Wurlitzer, AfD	2349
			Valentin Lippmann, GRÜNE	2349
			Christian Hartmann, CDU	2350
			Sebastian Wippel, AfD	2352
			Namentliche Abstimmung – Ergebnis siehe Anlage	2352
2	Nach Clausnitz und Bautzen: Bedauern reicht nicht, die Staats- regierung muss endlich aufwachen – Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken. Drucksache 6/4364, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2321	André Wendt, AfD	2352
			Ablehnung Drucksache 6/4364	2353
			Nächste Landtagssitzung	2353
	Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	2321		
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	2326		
	Frank Kupfer, CDU	2331		
	Dirk Panter, SPD	2334		
	Jörg Urban, AfD	2336		
	Volkmar Zschocke, GRÜNE	2338		
	Klaus Bartl, DIE LINKE	2341		
	Sebastian Wippel, AfD	2342		
	Klaus Bartl, DIE LINKE	2342		
	Hütter, Carsten, AfD	2343		
	Klaus Bartl, DIE LINKE	2343		
	Marko Schiemann, CDU	2343		
	Sebastian Scheel, DIE LINKE	2345		
	Marko Schiemann, CDU	2345		
	Henning Homann, SPD	2345		
	Uwe Wurlitzer, AfD	2347		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags. Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Frau Petry, Frau Grimm, Frau Zais, Frau Dombois, Frau Kliese und Herr Lehmann.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 77 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags habe ich den Landtag für den heutigen Tag einberufen. Anlass dazu ist zum einen ein entsprechender Antrag der Staatsregierung zu einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen“.

Weiterhin liegt mir ein Antrag von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einberufung einer Sondersitzung nach § 77 Abs. 5 der Geschäftsordnung vor. Der Antrag trägt die nach dieser Vorschrift erforderliche Anzahl von Unterschriften. Beratungsgegenstand ist der Antrag der

Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 6/4364 zum Thema „Nach Clausnitz und Bautzen: Bedauern reicht nicht, die Staatsregierung muss endlich aufwachen – Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken.“

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung für unsere heutige Sitzung liegt Ihnen vor. Ich schlage Ihnen vor, die beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, was nach § 79 Abs. 5 der Geschäftsordnung ohne Weiteres möglich ist. Gibt es dagegen Widerspruch? – Ich sehe keinen Widerspruch. Wir können so verfahren. Für die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 stehen damit folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU 48 Minuten, DIE LINKE 34 Minuten, SPD 24 Minuten, AfD 21 Minuten, GRÜNE 17 Minuten, Staatsregierung 55 Minuten.

Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung der 29. Sitzung ist mit dieser Maßgabe bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema: „Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen“

Tagesordnungspunkt 2

Nach Clausnitz und Bautzen: Bedauern reicht nicht, die Staatsregierung muss endlich aufwachen – Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken.

Drucksache 6/4364, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir beginnen mit der Regierungserklärung. Ich übergebe zunächst das Wort an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition im Sächsischen Landtag, haben einen Antrag auf unverzügliche Einberufung einer Sondersitzung gestellt. Mit Blick auf das morgen beginnende NPD-Verbotsverfahren am Bundesverfassungsgericht war es mir wichtig, dass wir schon heute klar Stellung beziehen können. Deshalb hat auch die Staatsregierung um Einberufung einer Sondersitzung nach § 77 Abs. 5 der Geschäftsordnung gebeten.

Die Ermittlungen zum Brand einer zukünftigen Asylbewerberinrichtung in Bautzen und den fremdenfeindlichen Störungen haben die Behörden übernommen. Diese werden mit Hochdruck vorangetrieben. Wie zum Beispiel in Freital, in Meißen, in Heidenau wollen wir auch in Bautzen schnell aufklären und die Täter vor Gericht bringen. Im Fall Clausnitz hat ein Ermittlungsteam den Sachverhalt umfassend aufgearbeitet und an die Staatsanwaltschaft übergeben. Am Freitag der vergangenen Woche hat der Sächsische Landtag im Rahmen seiner parlamentarischen Kontrollrechte seinerseits die Vorgänge in Clausnitz untersucht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemeinsam müssen wir Demokraten die widerlichen und immer wieder stattfindenden rechtsextremen Umtriebe in unserem Land bekämpfen, zurückdrängen und stoppen.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Ohne Wenn und Aber: Sachsen sagt Nein zur Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Die Ereignisse erschüttern mich als Christ und als Politiker maßlos. Es geht um unser Land, und der großen Mehrheit der Menschen geht es gut. Es wird einem nichts geschenkt, aber mit Eigenverantwortung und Einsatz kann jeder aus seinem Leben etwas Sinnvolles und Zufriedenstellendes machen.

Auf der anderen Seite haben die Menschen viele Anstrengungen durch die tief greifenden Veränderungen seit 1990 erlebt. Die zunehmende Komplexität der Welt durch Globalisierung, Internet und Herausforderungen wie Kriege und Klimawandel und deren Folgen ist für viele nicht leicht. Einige Menschen in unserer Gesellschaft sind verunsichert und an den Rand gedrängt, weil sie sich benachteiligt fühlen. Die Lebensversicherung wirft keine Rendite ab, bei der Bank gibt es keine Zinsen, das Vertrauen in die Altersabsicherung schwindet, die Energiepreise und andere Lebenshaltungskosten steigen.

Es ist aber nicht zu entschuldigen, wenn man darauf mit Fremdenfeindlichkeit reagiert oder wenn man deshalb den extremen Rand stärkt, wo Rechtsradikale mit Hass und Gewalt ihre innere Verirrung und Verrohung an anderen, meist Schwächeren, auslassen. Besonders abscheulich und menschenverachtend ist es, wenn sie sich dafür diejenigen aussuchen, die vor Krieg und vor Vertreibung geflohen sind.

Es ist ein jämmerliches und abstoßendes Verhalten, wenn Flüchtlinge attackiert, Unterkünfte angezündet und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht werden.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Da werden Aufklärung, Freiheitskampf und Demokratisierung hinweggespült, der Humanismus wird durch Barbarei verdrängt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dafür darf es keinen Raum in Sachsen geben. Dagegen muss es den Widerstand aller geben, und wir müssen an die Ursachen heran, noch stärker unsere Werte verteidigen und die Radikalisierung bekämpfen.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Das „Nie wieder Krieg!“ muss zwangsweise in Deutschland auch heißen: Kein Rechtsradikalismus in unserem Land.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Ereignisse in Sachsen bilden eine lange Kette, die mich und uns alle beschämt. Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer, als viele – ich sage es ehrlich: auch ich – wahrhaben wollten.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

Es sind wenige Menschen, aber doch zu viele, die dem Rechtsradikalismus nicht widerstehen. Keiner wird so geboren. Aber zu vielen ist er vorgelebt worden oder sie lassen sich von den dumpfen Parolen verführen.

Zu viele Menschen stehen daneben oder sympathisieren damit auf dem Sofa. Mit einem schweigsamen Dulden, mit einem zustimmenden Nicken oder dem schnellen „gefällt mir“ auf Facebook legen auch sie die Axt an unsere Grund- und Werteordnung.

Ich habe im Juli im Plenum gesagt, Rassismus ist der Nährboden für Verbrechen. Dieser Nährboden ist das Fundament, um Menschen anzugreifen, unsere Werte zu verletzen und die Grundfesten unseres Staates zu zerstören. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir die Abwehrkräfte gegen den Rechtsextremismus stärken. Während von Bühnen gehetzt wird und Rechtsradikale randalieren, stehen viele Menschen in Sachsen dagegen auf oder setzen starke Willkommenszeichen. Sie sind fremdenfreundlich, sie zeigen das „Sachsen mit Herz“, zu dem ich im September letzten Jahres hier vor dem Plenum aufgerufen habe. Allen Bürgern und Initiativen, die so handeln, bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ich wehre mich daher dagegen, dass durch eine radikale Minderheit der gesamte Freistaat und seine Bürger in Misskredit geraten.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Die übergroße Mehrheit der Sachsen sind engagierte Menschen, die anständig und redlich dieses Land wieder aufgebaut haben und es gesellschaftlich und demokratisch tragen. Die Sachsen haben 1989 Freiheit und Demokratie erkämpft. Wir werden sie heute ebenso verteidigen. Wir Sachsen haben von der Hilfe anderer und deren Weltoffenheit profitiert. Wir wollen heute selbst hilfsbereit und weltoffen sein.

Mein Ziel ist es, dass ein starker Staat und aktive Bürger gemeinsam eine gesellschaftliche Mobilisierung in Sachsen schaffen, die unsere Werte verteidigt und Radikalisierung entschieden bekämpft. Das erreichen wir, wenn wir uns weiter um zukunftsfähige Arbeit, gute Bildung und umfassende Sicherheit für alle in unserem Freistaat Sachsen kümmern. Das erreichen wir, wenn wir bei der Integration den Dreiklang von Werten, Sprache und Teilhabe einhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kompass ist ein schlichter, aber damals wie heute wahrhafter Satz

aus der Bergpredigt: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen.“ In ihm stecken unsere demokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der AfD – Beifall bei der Staatsregierung)

Die Freiheit und Würde des anderen nicht antasten, auf das Anderssein anderer nicht mit Ausgrenzung, sondern mit Toleranz reagieren und vor allem im anderen den Nächsten sehen und ihm helfen, wenn er Hilfe braucht. Nach diesem Maßstab ist das Reden und Handeln einer Minderheit moralisch unanständig, politisch undemokratisch und extremistisch sowie oft kriminell. Es reicht zu fragen, was wir erwarten würden, wenn wir Kriegsflüchtlinge wären und in einem fremden Land Zuflucht suchen würden: Nahrung, Unterkunft, medizinische Versorgung, vor allem aber Achtung und eine würdevolle Behandlung – nicht Hetzreden und Steinewerfer, auch nicht, dass die Häuser, in denen wir vorübergehend leben sollen, angezündet werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit gegenüber jedem Menschen, egal, woher er kommt, und egal, wie lange er sich bei uns aufhalten wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deshalb ist für jeden Demokraten klar: Solche Untaten sind ein Angriff auf unsere Werte, auf unsere Grundordnung, ja, auf uns selbst. Es ist ein Angriff auf Sachsen, auf Deutschland und alles, was Europa ausmacht. Jeder solcher Angriffe ist einer zu viel, jede Rede, die dazu anstiftet, ebenfalls. Wir alle gemeinsam müssen diese Angriffe abwehren. Radikalismus bekämpft man nicht mit Radikalismus!

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der AfD – Beifall bei der Staatsregierung)

Vielmehr müssen Staat und Gesellschaft in Sachsen so stark sein, so überzeugend, so vertrauenswürdig, dass Rechtsextremismus sich nicht ausbreiten kann. Ein deutschlandweit bekanntes Bild dieser Geschlossenheit ist die Menschenkette am 13. Februar. Alljährlich schaffen wir dort eine Einheit, ein gemeinsames Verteidigen unserer Werte, wie ich es mir überall und immer wünsche. Genau dieses Miteinander will ich stärken und vergrößern durch konkrete Politik für alle Menschen in Sachsen, damit sie wissen: Wir kümmern uns um sie, von der Ausbildung über die medizinische Versorgung bis zum 800-Millionen-Euro-Programm für Kommunen. Wir kümmern uns, wenn in der Lausitz fast 1 000 Arbeitsplätze bei Bombardier verloren gehen sollen. Wir müssen den vielen Menschen, die mit der Flüchtlingspolitik hadern, Gesprächsangebote machen, damit wir gemeinsame Antworten finden – sonst suchen sie sich diese woanders. Dann würden wir die Populisten und rechtsextremen Rattenfänger stärken, und genau das, genau das will ich nicht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Wie bei meiner ersten Regierungserklärung erkläre ich auch jetzt: Ich will Ministerpräsident aller Sachsen sein. Ich will zusammenführen und nicht ausgrenzen, zusammenführen auf dem Boden von Moral, Sitte, Anstand, Demokratie und Recht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im letzten Herbst beim 25. Jubiläum unseres Sächsischen Landtags angesichts der Gräben, die wir überall im Land spüren, und der Fremdenfeindlichkeit in Sachsen auf die Verletzlichkeit der Demokratie hingewiesen.

Ich sehe für die Stärkung der Demokratie drei wesentliche Aufgaben: Erstens. Wir müssen den Staat und die politische Bildung stärken. Zweitens. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft und einen intensiveren Dialog mit den Bürgern auf allen Ebenen. Drittens. Wir brauchen eine erfolgreiche Integration und eine sachliche Debatte in der Flüchtlingspolitik, die unserer humanitären Verantwortung und den Möglichkeiten und Grenzen unserer Gesellschaft gerecht wird.

Zum starken Staat: Es ist falsch, Sachsen vorzuwerfen, wir hätten in den vergangenen Jahren nichts gegen den Rechtsextremismus getan.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Nach den ersten rechtsextremistischen Straftaten wurde 1991 die Sonderkommission Rechtsextremismus – oder „Soko Rex“, wie sie im Volksmund heißt – gebildet. Das 2013 gegründete operative Abwehrzentrum zur Ermittlung extremistisch motivierter Straftaten hat mehrere Hundert Ermittlungsverfahren gegen rechtsextremistisch motivierte Straftaten durchgeführt. Die weit überwiegende Mehrheit der Fälle ist aufgeklärt. In der Justiz haben wir Sonderdezernate zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität eingerichtet. Eine Vielzahl von Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte ist aufgeklärt. In vielen Fällen sitzen Tatverdächtige in Untersuchungshaft. Das ist das Schrittmaß, welches ich erwarte: ermitteln, anklagen und verurteilen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Beifall bei der Staatsregierung)

Das Internet hat sich zu einem Tatort entwickelt. Soziale Netzwerke sind zu Echoräumen von Fremdenhass und Extremismus geworden. Hier zeigt sich ein erschreckendes Bild geistiger Verrohung, die oft der Vorbote und Wegbereiter von Gewalt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das ist nicht zu tolerieren. Deshalb verfolgen wir intensiv diese Fälle und überall in Sachsen sind zahlreiche Verurteilungen wegen rechter Hetze im Internet erfolgt.

Meine Damen und Herren! Die Wirklichkeit in Sachsen zeigt uns, dass wir unseren Kampf gegen das Extreme und Radikale in unserer Gesellschaft noch mehr verstärken

müssen. Der Staat muss deutlich Stärke zeigen und durch konsequente und schnelle Strafverfolgung und Verurteilung deutlich machen: Hier bei uns gibt es null Toleranz.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Durch das Gewaltmonopol des Staates müssen wir unsere Bürger wie auch die Menschen, die zu uns nach Sachsen kommen, schützen und rechtsfreie Räume verhindern. Dazu braucht es die personelle Verstärkung von Polizei und Justiz.

Den geplanten Stellenabbau setzen wir aus.

Mindestens 500 junge Polizistenanwärter pro Jahr wird es, beginnend ab diesem Jahr, geben. Es ist wichtig, dass gerade junge, gut ausgebildete Sachsen den Weg zu Polizei und Justiz und in die Verwaltungen bei uns finden, damit wir mit neuen Ideen, starker Haltung und einer Leidenschaft für das Heimatland die Aufgaben auch bewältigen.

Es geht zudem um eine konkrete Arbeit der Polizei. Wir wollen die mobilen Einsatz- und Fahndungsgruppen stärken, damit die extremistische Szene spürt: Der Verfolgungsdruck ist da. Er erhöht sich, und er wird weiter zunehmen. Wir wollen damit die Effizienz der Gefahrenabwehr erhöhen und die Durchsetzungsfähigkeit der Polizei verbessern; denn hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, hinken wir im Ländervergleich hinterher. Das muss sich auch ändern. Ich will, dass unsere Polizisten vergleichbare gesetzliche und technische Möglichkeiten haben wie in anderen Ländern.

Neben dem Dank an unsere Polizistinnen und Polizisten für ihre Arbeit ist mir wichtig: Wir müssen die Autorität der Polizei stärken und den Respekt gegenüber den Polizistinnen und Polizisten in unserer Gesellschaft vergrößern.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Zu einem starken Staat gehört auch, sich gegen die Feinde der Demokratie zur Wehr zu setzen. Sachsen hat sich bereits frühzeitig für ein Verbot der NPD starkgemacht und den Anstoß für das Verfahren gegeben. Als Präsident des Bundesrates werde ich morgen den Antrag der Länder begründen. Als Ministerpräsident habe ich persönlich erlebt, wie die NPD und ihre Anhänger gegen staatliche Einrichtungen und Amtspersonen hetzen. Sie wollen nichts anderes, als die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen. Weil Rechtsextreme den Staat bekämpfen, dem wir dienen wollen, müssen wir die Rechtsextremen und ihre Sympathisanten bekämpfen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! An der Schnittstelle zwischen Staat und aktiver Bürgerschaft arbeiten die Polizei, unsere Schulen, die Akteure der politischen

Bildung und zahlreiche Projekte, die der Freistaat Sachsen seit Jahren fördert. Eine entscheidende Rolle spielen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, Lehrer und Polizisten. Ich erwarte von ihnen, dass sie Anwälte des Staates, Verteidiger unseres Grundgesetzes und auch Vorbilder im Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus sind.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Ich bitte, dass sie aus innerer Überzeugung und demokratischem Dienstauftrag heraus die richtigen Prioritäten setzen und entschieden handeln. Gerade von uns im öffentlichen Dienst muss das Signal der Offenheit, der Unterstützung und der Rückendeckung für alle ausgehen, die sich um Demokratie und Weltoffenheit bemühen. Wir müssen Engagement ermöglichen und nicht verhindern.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Bei der Dankesveranstaltung am Freitagabend haben mir Flüchtlinge und schon länger bei uns in Sachsen lebende Ausländer berichtet, dass sie nicht nur an Sprachproblemen in Verwaltungen und anderswo scheitern, sondern auch das Gefühl haben, dass ein unvoreingenommener Umgang mit Fremden manch einem der Mitarbeiter noch schwerfalle. Wenn das so ist, müssen wir das ändern. Wir wollen helfen, die Sprachkompetenz zu verbessern, und die Überzeugung befördern, dass wir für Menschen und keine abstrakten Vorgänge Dienstleistungen erbringen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den
GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ein wichtiger Lernort der Demokratie sind unsere Klassenzimmer. Deshalb wollen wir Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und deutlich besser befähigen, unsere Werte und Gesellschaftsordnung zu vermitteln, sich den tagesaktuellen Debatten zu stellen und Diskussionen mit den Schülern offensiv zu führen. Wir werden daher die Lehrpläne anpassen, um noch mehr Platz für die politische Bildung im Unterricht zu schaffen.

(Zuruf der Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE)

Schwerpunkt bilden dabei die Ober- und die Berufsschulen. Grundsätzlich müssen wir bei der politischen Bildung darauf achten, dass wir die richtigen Schwerpunkte setzen und die richtigen Zielgruppen erreichen, moderne Methoden einsetzen und uns mit Partnern vernetzen. Unser Ziel ist, dass aus starken Schülern starke Demokraten und weltoffene Sachsen werden. Ich wünsche mir, dass diese Bildungsziele durch die Erziehung in den Elternhäusern unterstützt werden.

Auf Landes- und kommunaler Ebene und in vielen Verbänden findet eine intensive politische Bildung statt, die wir weiter stärken werden, zum Beispiel auch die Landeszentrale für politische Bildung. Alle diese Aktiven leisten derzeit eine besonders wichtige und hilfreiche Arbeit. Deshalb möchte ich mich bei all diesen Menschen nochmals ausdrücklich bedanken.

(Beifall des ganzen Hauses)

Das vor zehn Jahren gestartete Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ wollen wir weiterentwickeln und seine Wirkung deutlich verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allein ein starker Staat und Fördermittel reichen nicht aus, um den Kampf gegen die Radikalisierung zu gewinnen. Es braucht eine starke und aktive Zivilgesellschaft in Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden und Vereinen. Auch jeder Einzelne ist in seinem täglichen Handeln gefragt. Es gilt sich einzumischen, wenn der Kollege rechte Sprüche klopft, wenn die Nachbarin zu fremdenfeindlichen Demonstrationen geht oder Jugendliche sich statt im Sportverein lieber in rechten Kameradschaften die Zeit vertreiben.

Mit unseren beiden Extremismuskonferenzen in Riesa und der Vier-Säulen-Strategie gehen wir den Weg, die Akteure in diesem Bereich besser zu unterstützen und zu vernetzen. Die Abwehrkräfte der Gesellschaft sind in Sachsen in den vergangenen Wochen noch einmal stärker geworden, zum Beispiel auch in Bautzen, wo nach dem Brandanschlag eine Plakataktion auf der Friedensbrücke gegen Gewalt und für eine weltoffene Stadt durchgeführt wurde.

Ich selbst war in Bautzen und habe mit dem Bürgermeister, engagierten Bürgern, Feuerwehrleuten und Polizisten gesprochen, um deutlich zu machen: Die Stadt und ihre Bürger sind jetzt nicht auf sich allein gestellt. Das Gleiche haben Herr Dulig in Bautzen und Frau Köpping in Clausnitz getan. Aus dem Engagement der vielen Sachsen ziehe ich die Zuversicht, dass wir ändern können, was jetzt schiefläuft. Daraus ziehe ich die Zuversicht, dass wir dabei erfolgreich sein werden. Aber es wird ein Prozess, und wir werden viel Ausdauer brauchen.

Ich habe gelernt, dass sich einige engagierte Bürger alleingelassen fühlen, dass sich in Initiativen nicht ausreichend unterstützt fühlen. Einige haben dazu auch deutlich öffentlich Kritik geäußert. Ich bin für die offenen Worte und den Wunsch nach Dialog dankbar. Ich sehe darin einen Auftrag an das Land, aber auch an die Kommunen, die Zusammenarbeit mit den Initiativen und Ehrenamtlern zu verbessern. Dabei scheint es nicht immer nur um das Geld zu gehen. Oft ist es auch der Wunsch, eine klare Haltung als Rückendeckung zu spüren.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Oft ist es auch der Wunsch, sich nicht allein zu fühlen. Deshalb wollen wir die Kommunen bei der Vernetzung und Strukturbildung im Ehrenamt zusätzlich unterstützen.

Menschen zusammenbringen, gemeinsam nach Lösungen suchen, das waren auch die Ziele unserer laufenden Dialogveranstaltungen, vor allem im Frühjahr 2015. Wir setzen sie fort.

Ganz klar gibt es für einen Dialog Regeln. Hetze und Fremdenfeindlichkeit sind Ausschlusskriterien, und wer

Menschen angreift und Häuser anzündet, hat kein Gespräch verdient, sondern eine harte Strafe.

(Beifall des ganzen Hauses)

Wer auf eine Demo geht, muss sich sehr gut überlegen, mit wem er da mitstreitet oder mitläuft. Wer teilnimmt, teilt auch das, was dort gesagt wird.

(Beifall des ganzen Hauses)

Auf der anderen Seite schließe ich aber auch niemanden vom Dialog aus, nur weil er eine andere Meinung hat als ich oder nicht die Meinung der Mehrheit oder der veröffentlichten Meinung entspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen alles tun, damit politische Entscheidungen besser verstanden werden, damit wieder Vertrauen in die Demokratie und in die staatlichen Institutionen wächst und die Zivilgesellschaft durch noch mehr Engagement gestärkt wird. Deshalb wollen wir als Regierung gemeinsam mit den verschiedensten regionalen Partnern mit noch mehr Dialogangeboten im Land präsent sein. Die Demokratiekonferenz, zu der ich am 30. Mai dieses Jahres einlade, wird sich mit politischen Beteiligungsformen beschäftigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große Mehrheit in Sachsen ist bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen solidarisch, weltoffen und hilfsbereit. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Ich bin auch dankbar, dass durch die mediale Vermittlung dieser Offenheit gegenüber Fremden das Bild Sachsens komplettiert wird. Diese Beispiele ermutigen. Es gibt aber auch Mitbürger, die Fragen haben und sich Sorgen machen, die Angst vor Fremden haben, selbst dann, wenn noch kein einziger Asylbewerber im Ort ist. Diese Menschen aufzugeben, sie in eine Ecke zu stellen, ist falsch. Vielmehr müssen wir alles versuchen, die Angst vor dem Fremden oder der notwendigen Veränderung zu nehmen.

In vielen Gemeinden schaffen Bürgermeister, Abgeordnete, Kirchen-, Vereins- und Behördenvertreter gemeinsam Diskussionsplattformen zur Information, zur Aufklärung und zum gegenseitigen Kennenlernen.

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik brauchen wir eine sachliche Debatte darüber, wie wir unserer christlichen und humanistischen Pflicht im Rahmen unserer Möglichkeiten gerecht werden, wie wir zu schnelleren Asylverfahren kommen, die für alle Klarheit bringen, und wie wir konsequent diejenigen zurückführen können, die nicht bleiben dürfen, damit wir die Kraft und Ressourcen haben, denjenigen bei der Integration zu helfen, die bleiben dürfen.

Die Staatsregierung will eine schnelle und für beide Seiten erfolgreiche Integration mit Herz und Verstand ermöglichen. Unsere Rechtsordnung und unsere Werte anzuerkennen ist das, was wir von den Menschen einfordern, die bei uns bleiben wollen, genauso wie das Erlern

nen unserer deutschen Sprache. Auf der anderen Seite müssen wir ihnen helfen, zu einer schnellen Teilhabe durch Arbeit und Bildung zu kommen. Auch hierbei wollen wir über unsere Lösungen mit gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen diskutieren und diese im Dialog weiterentwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So dringend die Herausforderungen sind und so wichtig ein gewisses Tempo bei deren Lösung ist: Gründlichkeit und Nachhaltigkeit dürfen nicht ausgeschlossen werden. Unser Fahrplan steht. Wie bereits angekündigt, werden wir am Freitag zu einer außerordentlichen Kabinettsitzung zusammenkommen. Wir werden erste Entscheidungen treffen. Wir werden ein erstes Handlungsprogramm zur Integration beschließen. Wir werden uns bewährte Programme und Verfahren nicht nur anschauen, sondern auch verändern und weniger erfolgreiche neu definieren. Wir werden uns dazu auch mit diesem Hohen Hause beraten.

Die langfristigen Maßnahmen und deren finanzielle Absicherung werden wir mit dem Haushaltsverfahren für das Jahr 2017 und das Jahr 2018 beschließen, welches mit der Eckwerteklausur in wenigen Tagen beginnt.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, Bundes- und Landesprogramme auch bestmöglich miteinander zu verzahnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verteidigung unserer Werte, der Kampf gegen Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit sowie eine erfolgreiche Integration – diese Ziele leiten die Arbeit der Staatsregierung und mich persönlich. Ich bin mir bewusst, dass wir dafür einen langen Atem brauchen. Es geht an vielen Stellen um eine überzeugende Haltung. Es geht überall um ein entschiedenes und ein dauerhaftes Handeln. An diesem Handeln werden wir gemessen.

Nur gemeinsam, als starker Staat und als aktive Bürger, werden wir erfolgreich sein. Ich persönlich bin dazu entschlossen und werde nicht nachgeben, damit Sachsen das ist, was es sein soll: eine gute Heimat für alle und ein weltoffenes Land.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und der SPD – Vereinzelt Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN – Beifall bei der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten.

Wir kommen nun zur Aussprache. Die Reihenfolge in der ersten Runde ist: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD und GRÜNE. Wir beginnen mit der Fraktion DIE LINKE. Das Wort hat Herr Kollege Gebhardt.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde heute hier kein allgemeines Sachsen-Bashing betreiben. Ich kann mich hier auch kaum hinstellen und sagen, mit Sachsen habe ich nichts zu tun. Meine regionale Herkunft liegt mir

immer auf der Zunge. Dazu stehe ich auch in schwierigen Zeiten.

Ja, der Freistaat Sachsen hat ein immenses Imageproblem. Die einen können nicht verstehen, was bei uns abgeht, und die anderen machen sich über uns nur noch lustig, wie am Freitagabend in der heute-Show.

Sie, Herr Ministerpräsident, meinen, es seien nur einige wenige, die uns diese Probleme machten. Viele Sachsen wiederum verstehen überhaupt nicht, warum gerade sie im Fokus der öffentlichen Kritik stehen – darunter viele CDU-Abgeordnete hier im Parlament –, und zeigen mit den Fingern auf andere. Aber dazu komme ich noch.

Ob wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Innovationen: Die Bevölkerung unserer Region ist seit 800 bis 1 000 Jahren immer ganz vorn mit dabei auf der Welt. Das galt allerdings leider teilweise auch für die Schattenseiten der Geschichte. So hatte Nazi-Deutschland in Sachsen besonders starke Stützen. Wir sollten also heute keine Zeit mit dem Versuch vergeuden, Mythen zu retten, sondern der Wirklichkeit ins Auge sehen und daraus Konsequenzen ziehen; denn so wie derzeit geht sächsisch tatsächlich nicht mehr, keinen Monat, keine Woche, keinen Tag mehr.

(Beifall bei den LINKEN und des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Herr Ministerpräsident! Ich habe Sie zweimal in diesem Landtag für Ihre Worte zum Thema rechte Gewalt und Rassismus ausdrücklich gelobt und Ihnen meinen Respekt gezollt – sorry, ein drittes Mal tue ich das nicht; denn ich glaube Ihnen kein Wort mehr.

Die Arbeitsteilung in der sächsischen CDU hat Sachsen an den Abgrund geführt.

(Lachen bei der CDU)

Sie, Herr Tillich, als Mann der moralischen Empörung mit den entsprechenden Zitaten für die Medienlandschaft, und die Herren Kupfer, Krauß und Kretschmer als politisches Rauschmittel für den sächsischen provinziellen Alltagsrassismus.

(Beifall bei den LINKEN)

Die Ergebnisse sind eine Serie von durch nichts zu rechtfertigenden Vorfällen, deren vorerst letzte spektakuläre Tatorte Clausnitz und Bautzen sind.

(Christian Piwarz, CDU: Jetzt ist mal gut, Herr Gebhardt! Es reicht!)

Es war der CDU-Fraktionsvorsitzende Kupfer, also Sie, Herr Kupfer, der in der vorletzten Woche in der „Freien Presse“ den Satz gesagt hat – Zitat –: „Die Bevölkerung braucht ein Zeichen in der Flüchtlingskrise, dass jetzt Schluss ist.“

Einige Bürger haben das daraufhin in Clausnitz in die Tat umgesetzt und ein Zeichen gesetzt.

(Widerspruch bei der CDU – Christian Piwarz,
CDU: Das wissen Sie doch nicht, Herr Gebhardt!
Das ist widerlich, was Sie gerade machen!)

Ich nenne das politisches Zündeln, und andere zündeln dann tatsächlich in Bautzen.

(Christian Piwarz, CDU: Es reicht! –
Zuruf von der CDU: Sie zündeln!)

Es war also tatsächlich nur eine Frage der Zeit, wann erstmals ein solches Verbrechen am Tatort beklatscht und die Feuerwehr an der Arbeit gehindert wird.

Solange wir solch eine Stimmungslage in der Mitte der Gesellschaft in Sachsen haben, sind Clausnitz und Bautzen potenziell überall. Es kann sich jederzeit und überall wiederholen. Hören Sie also auf, weltfremd von der Radikalisierung an den Rändern zu sprechen oder davon, dass einige wenige das Ansehen des Landes besudelten. Das ist eine gemeingefährliche Verharmlosung, Herr Tillich.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich bin der Letzte, der einseitig einer Partei die Schuld in die Schule schiebt.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Auch wir LINKE sind Teil der Gesellschaft. Auch uns ist es nicht gelungen, einen ausreichend großen Beitrag zur Befriedung in der Bevölkerung zu leisten. Es gebietet aber der Respekt vor der Realität, dass der Einfluss einer seit 25 Jahren dauerregierenden Partei wie der CDU vielleicht doch ein bisschen größer ist als der Einfluss einer Partei, die seit 25 Jahren in der Opposition ist.

Solange Sie mir die alleinige Verantwortung für die 40 Jahre davor anlasten, werde ich die CDU nicht aus ihrer Verantwortung für das entlassen, was wir seit 25 Jahren im Freistaat Sachsen erleben.

(Beifall bei den LINKEN –
Andreas Nowak, CDU: Getroffene Hunde bellen!)

Nun stellt der Bautzener CDU-Landtagsabgeordnete Marko Schiemann fest – Zitat –, „Schuld an der existenziellen Verunsicherung der Bevölkerung sei eine Niedriglohnpolitik, die viele außer Landes getrieben habe, und diejenigen, die noch da seien, sähen sich in Konkurrenz mit Migrantinnen um schlecht bezahlte Jobs.“ Herr Schiemann, Sie vertreten den Wahlkreis Bautzen seit einem Vierteljahrhundert in diesem Hohen Haus. Herr Schiemann, Sie haben sicherlich achtmal einen CDU-Ministerpräsidenten mit gewählt, der, egal wie er hieß, Niedriglohnpolitik betrieben hat.

(Alexander Krauß, CDU: Stimmt nicht! Quatsch!)

Wer hat bis zuletzt sogar bundesweit gegen den Mindestlohn gekämpft? – Die sächsische CDU und der sächsische Ministerpräsident.

(Alexander Krauß, CDU: Unsinn!)

Herr Schiemann, ich will Ihnen noch ein wenig weiter auf die Sprünge und auf den Weg der Erkenntnis verhelfen. Es war Ihre CDU, die mit ihrer feudalistischen Leuchtpolitik die sozioökonomischen Fundamente der Regionen ignoriert hat. Es war Ihre CDU, die die Axt an die Verwurzelung von so vielen Menschen angelegt hat. Sie, die selbst ernannte Partei der sächsischen Heimat, haben Hunderttausende aus der Heimat vertrieben,

(Zurufe von der CDU: Unerträglich! –
Protest von der CDU)

und das, obwohl Sachsen nach 1989 als uraltes Industrieland viel bessere Startbedingungen hatte als beispielsweise Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe der Abg. Frank Kupfer
und Alexander Krauß, CDU)

Die Menschen sind aus Sachsen geflohen, auch und gerade vor Ihrer Niedriglohnpolitik,

(Frank Kupfer, CDU: Ihr habt
doch den Mittelstand kaputt gemacht!)

und viele pendeln bis heute zur besser bezahlten Arbeit nach Bayern und anderswo, was auch Sie, Herr Schiemann, jeden Sonntagabend an der Autobahn sehen könnten.

(Zuruf des Abg. Andreas Nowak, CDU)

Vor der aktuellen demografischen Wende durch die Geflüchteten der letzten Jahre haben seit 1990 fast eine halbe Million mehr Menschen Sachsen verlassen, als hierhergekommen sind.

Das Allheilmittel der staatlichen Wirtschaftsförderung war jahrzehntelang der Niedriglohn. Da hat Herr Schiemann recht, auch wenn er nichts dagegen unternommen hat.

Unserer Kritik seit 1990 an einer CDU-Politik, die den Rahmen für ausbeuterische Lohnverhältnisse gesetzt hatte, wurde am liebsten mit der Behauptung gekontert, wir wollten ja den alten Sozialismus wiederhaben.

(Carsten Hütter, AfD: Zurück zum Thema!)

Herr Tillich, Sie sagten am Freitag im Bundesrat und haben es heute ja auch wiederholt: „Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer, als der eine oder andere bisher wahrhaben wollte.“ Okay. Damit ist nach gut 15 Jahren die Legende des CDU-Ministerpräsidenten Biedenkopf, Sachsen sei immun gegen Rechtsextremismus, vom CDU-Ministerpräsidenten Tillich widerrufen worden. Ich erlaube mir den Kommentar: Die extreme Langsamkeit gesellschaftlicher Lernprozesse in der sächsischen CDU ist nur noch peinlich.

(Beifall bei den LINKEN)

Wer aber, bitte, ist der eine oder andere, der die Realität der extremen Rechten nicht wahrhaben wollte? Ich sage es Ihnen: Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Sachsen-

CDU. Ich will Ihnen das an einigen wenigen Beispielen deutlich machen.

Wer tat denn so, als hätten die Mörder vom sogenannten nationalsozialistischen Untergrund, NSU, gar nichts mit Sachsen zu tun, obwohl der Freistaat das Basislager für ihren Terror war? – Stanislaw Tillich und die CDU. Sie, Herr Tillich, ließen sich seinerzeit nicht in Zwickau blicken, als der NSU dort aufgefliegen war.

(Christian Piwarz, CDU: Was ist das denn für ein Unsinn, Herr Gebhardt?)

Das von der CDU verursachte peinliche Gezerre um den NSU-Untersuchungsausschuss hier im Landtag ist noch in frischer Erinnerung.

Wer wollte denn nicht wahrhaben, dass die großen Anti-Asylproteste in Schneeberg vor zwei Jahren mehr als nur ein lokales Problem sind? – Stanislaw Tillich und die CDU, ausgenommen Herr Colditz. Kommunikativ lief seitens der Staatsregierung alles schief, was schief laufen konnte.

Freital: Der CDU-Innenminister nimmt an einer Podiumsdiskussion teil, und die einzige Frau, die sich für Geflüchtete ausspricht, wird niedergebrüllt und vom Mikrofon gedrängt. Herr Ulbig bleibt sitzen und schaut zu.

Heidenau: Die Antwort der CDU-Verantwortungsträger verschiedener Ebenen auf die bürgerkriegsähnlichen Zustände durch einen marodierenden Mob war ein totales Versammlungsverbot über mehrere Tage, dem ein Willkommensfest für Geflüchtete zum Opfer fallen sollte. Irrer geht es nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Einhalt gebot erst ein Verwaltungsgericht nach der Klage eines Studenten.

Dresden: Innenminister Ulbig trifft sich mit den Pegida-Spitzenleuten und verweigert Antworten dazu gegenüber dem Parlament. Der sächsische Verfassungsgerichtshof in Leipzig urteilt dazu: verfassungswidrig.

Ich frage Sie nunmehr nach Clausnitz und Bautzen, ich frage Sie, Herr Tillich, Herr Ulbig: Wer wollte denn hier nicht wahrhaben, dass die größte Gefahr für die öffentliche Sicherheit genau aus dieser Ecke kommt, in die Sie hineingekrochen sind?

(Beifall bei den LINKEN)

Wer hat auf einem Bürgerdialog überwiegend mit Pegidisten und anschließend mit einem großen Interview ins Land hineingerufen, der Islam gehöre nicht zu Sachsen?

(Uwe Wurlitzer, AfD: Genau!)

Wer wollte nicht wahrhaben, dass er mit diesem Satz die Ausgrenzung anrichtet? – Stanislaw Tillich. Sie wollten damit offenbar wieder einmal vorsätzlich demonstrativ die besonders eigenständige Rolle von Sachsen betonen. Das Ergebnis: schlicht verheerend.

Nun rufen Sie, Herr Tillich, plötzlich nach „der ganzen Gesellschaft“, die Ihren Scherbenhaufen zusammenkehren soll. Wie aber wurde in den vergangenen Jahren mit dieser Gesellschaft umgegangen? Aktivistinnen und Aktivisten, die sich gegen Rassismus und Neonazis engagierten, werden in Sachsen gegängelt. Antifaschisten und regierungskritisches Denken werden als Ruhestörung, Einmischung, ja, sogar als Bedrohung wahrgenommen. Jahrelang ermittelte das Landeskriminalamt gegen eine vermeintliche Antifa-Sportgruppe, die in Sachsen Jagd auf Neonazis gemacht haben soll. Die Polizei durchsuchte Wohnungen,

(Carsten Hütter, AfD: Genau, richtig!)

stürmte das Haus der Dresdner LINKEN, spionierte Telefone aus und sammelte eine Million Handydaten. Ergebnis: keines.

Thema Sachsensumpf: Es wird überdeutlich sichtbar, wie Justiz instrumentalisiert worden ist. So wurden mehrere Dutzend Gegenverfahren eingeleitet. Es wurden und werden bis heute einige Dutzend Menschen verfolgt, die sich um die Aufklärung bemüht hatten. Herr Mackenroth wird sich sicherlich noch gut an seine Zeit als Justizminister erinnern.

Aber zurück zur Gegenwart. Die mittelsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann fabulierte in den Tagen von Clausnitz und Bautzen überall – Zitat –: „... übermäßige Toleranz gegenüber Ausländern, die schlimme Folgen habe“.

Herr Tillich, die geistigen Brandstifter sitzen mit Rang und Namen in Ihrer sächsischen CDU.

(Christian Piwarz, CDU: Jetzt reicht es aber!)

Ja, wir sind für mehr Polizei, weil Sie, die CDU, die sächsische Polizei jahrelang personell ausgeblutet haben. Aber das Problem der geistigen Brandstiftung aus der regierenden Sächsischen Union heraus werden wir nicht mithilfe der Polizei lösen können.

Herr Ministerpräsident, es sind nicht nur die Ergebnisse selbst, die Sachsen in solch einem schlechten Licht erscheinen lassen. Es sind nicht die verurteilungswürdigen Vorfälle, sondern es ist der von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer CDU in Sachsen gepflegte Umgang damit: nur reagieren, wenn es gar nicht mehr geht, und dann relativieren und mit dem Finger auf andere zeigen und anschließend wieder zur Tagesordnung übergehen. Das ist die Strategie der sächsischen Staatspartei CDU seit vielen Jahren.

Die Sächsische Union hat in Sachsen einen Kulturkampf im Namen scheinbar konservativer Werte geführt, in dem der Freistaat nun selbst zu Bruch zu gehen scheint. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben aus Gründen parteipolitischer PR einen Sachsen-Chauvinismus hochgezüchtet, der uns zum Nabel und zum Maßstab der Welt machen sollte.

Die sächsischen Christdemokraten hegen einen undemokratischen politischen Alleinvertretungsanspruch. Zu

diesem Zweck betreiben Sie unter anderem auch eine Geschichtspolitik, die so tut, als sei die CDU der alleinige Motor der friedlichen Revolution gewesen. Auf das revolutionäre Erbe erheben Sie den alleinigen Anspruch.

Gleichzeitig treibt die sächsische CDU in ihrer Sehnsucht nach einem ungetrübten, heldenhaften Sachsen eine Normalisierung der Geschichte voran, in der die Erinnerungen an die NS-Verbrechen nur stören. So erklärte Sachsens Ministerpräsident auf einer Veranstaltung Anfang 2015 an der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain zum 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Nationalsozialismus: „Für den Westen Deutschlands war das Kriegsende 1945 eine Befreiung. Für den Osten war es der Beginn neuen Unrechts.“

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Damit wird die Befreiung von einem Regime, das einen Weltkrieg mit 60 Millionen Toten angezettelt und einen industriellen Massenmord als Herrschaftsmodell eingesetzt hat, in den Schatten der friedlichen Revolution von 1989 gestellt. Die wiederum hat die sächsische CDU ja für sich gepachtet und die Einladungskultur anlässlich der Feierlichkeiten zu 25 Jahren Landtag im Freistaat erneut unter Beweis gestellt.

(Beifall bei den LINKEN)

Dabei hindert die Verurteilung der DDR die sächsische CDU überhaupt nicht daran, sich machttechnisch aus dem realsozialistischen Erbe reich zu bedienen, als Erstes mit der Wiedereinrichtung einer Staatspartei.

(Zurufe der Abg. Christian Piwarz
und Andreas Nowak, CDU)

Und Staatsparteien finden nun grundsätzlich jede Idee der Opposition Mist, weil es ja Opposition ist, Herr Piwarz. Sie lässt auch die Bevölkerung nur aus demokratiefolkloristischen Gründen ab und an etwas mitdiskutieren – ohne natürlich Ideen aus der Bevölkerung zu berücksichtigen.

(Alexander Krauß, CDU: So was gefährdet
die Demokratie, was Sie hier von sich geben! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist allgemein bekannt, dass die direkte Demokratie in Sachsen im Koma liegt, weil die Hürden zu hoch sind. Wer hat aber jede Mitsprache der Bevölkerung blockiert? – Sachsens CDU und Marko Schiemann.

(Uwe Wurlitzer, AfD, steht am Mikrofon.)

Wer hat sich verweigert, als wir darauf drängten, bei der Verfassungsänderung nicht nur über die Schuldenbremse, sondern auch über die Volksgesetzgebung zu sprechen?

Präsident Dr. Matthias Röbler: Gestatten Sie eine Frage?

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Der CDU-Rechtspolitiker Marko Schiemann und die CDU-Landtagsfraktion.

– Nein, Herr Präsident. – Die Verunsicherung der Bevölkerung in Sachsen war bereits da, bevor die Geflüchteten bei uns angekommen sind. Sie ist das Ergebnis der sozialen und regionalen Spaltung der Bevölkerung durch eine CDU-Politik, für die Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich Fremdwörter sind.

(Christian Piwarz, CDU: So ein Unsinn!)

In den Neunzigerjahren ist in Sachsen etwas abhanden gekommen, was dem Selbstbewusstsein der Bevölkerung ungeachtet aller Sachsenstolzbeschwörungen der dauerregierenden CDU das Rückgrat gebrochen hat: das sozioökonomische Fundament der Regionen. Heute ist – außer Leipzig und Dresden und vielleicht noch Chemnitz und Zwickau – fast überall nur noch gefühlte Provinz. Man spricht dann von ländlichen Räumen, die es bisher im fast überall dicht besiedelten Industrieland Sachsen kaum gegeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der CDU, Sie möchten ja ganz viele Vorschläge aufgreifen, die dem Unmut abhelfen, der Menschen auf die Straße treibt. Ich sage Ihnen, welche Vorschläge das sind, was man sofort im Land tun kann und wofür man sich als Sachse sofort im Bundesrat stark machen kann:

Erstens: eine Beendigung der Sanktionen gegen Russland.

Zweitens: eine Beendigung der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen.

Drittens: eine Entwicklungshilfe, die nicht auf eine Alimentierung der Menschen setzt, sondern auf Hilfe zur Selbsthilfe.

Viertens: eine Bürger(innen)versicherung für alle.

(Zuruf des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Fünftens: eine solidarische Mindestrente für alle.

Sechstens: eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle.

In Sachsen könnten Sie sofort eine Schule für alle bis mindestens zur Klasse 8 einführen. Für all das hätten Sie nicht nur unsere Unterstützung, sondern auch die Zustimmung von großen Teilen der Bevölkerung, und Sie würden vielen Menschen ihre in diesem Fall berechtigten sozialen Ängste nehmen.

Es tut mir leid, Herr Tillich, aber wenn in dem Landkreis, in dem Sie Ihren Wahlkreis haben, bei den 18- bis 35-Jährigen auf 100 Männer nur noch 80 Frauen kommen, dann ist dies das Ergebnis der Politik der Sächsischen Union. Sie haben viele junge, gut gebildete Frauen mit Ihrer in jeder Hinsicht rückwärtsgewandten Politik vertrieben.

(Christian Piwarz, CDU: So ein Unsinn!)

Wenn Sachsen wieder Frieden mit sich selbst finden soll, dann braucht die Landespolitik neue soziale Leitplanken, die den Weg zu diesem Ziel bestimmen. Es muss überall gleichviel gute Gründe geben zu bleiben – nur andere.

Jeder Ort in Sachsen muss attraktiv genug sein als Wohn- und Lebensort für Beschäftigte der gewerblichen Wirtschaft.

Es darf im öffentlichen Personenverkehr keine weißen Flecken geben. Flüchtlinge sollten als neue, dauerhafte Bewohner zur Verjüngung und Belebung bisher abgehängter Regionen gewonnen werden.

Das schaffen wir in Sachsen – wenn wir das Prinzip Tillich außer Kraft setzen. Das Prinzip Tillich verkauft sich als Regierung mit ruhiger Hand, ist aber in der Realität Wegducken und Ruhighalten.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

Wenn es brenzlig zu werden droht – Herr Tillich, Sie haben nach Clausnitz vier Tage gebraucht, bis Sie erstmals öffentlich Rede und Antwort gestanden haben. Das war schrecklich für Sachsen, aber typisch für Ihre Form der Wahrnehmung von Richtlinienkompetenz – frei nach dem Motto: „Ich bin dann mal weg“.

Nun fällt Ihnen als Weg aus der Krise als Erstes der Ruf nach dem starken Staat ein. Den letzten vermeintlich starken Staat erlebte ich als FDJ-Funktionär und Sie als stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises.

(Oh-Rufe und Lachen von der CDU)

Wir sollten seither gemeinsam gelernt haben, dass wir etwas anderes brauchen: eine starke Zivilgesellschaft, die vom Staat geschützt wird.

(Beifall bei den LINKEN)

Bisher aber wurden Initiativen dieser Zivilgesellschaft von der Sächsischen Union mal unter Extremismusverdacht gestellt, mal beschimpft, mal an den Rand gedrängt. Holocaust-Überlebende sollten Gesinnungsunbedenklichkeitserklärungen unterschreiben, bevor sie auf staatlich geförderten Veranstaltungen auftreten durften. Wir erinnern uns, dass Ihre Extremismusklausel sogar den sächsischen Demokratiepreis gesprengt hat. Die Sächsische Union verpflichtete sich 2005 per Parteitagsbeschluss, in der Bevölkerung – Zitat – „positive nationale Wallungen zu wecken“. Mit den nationalen Wallungen klappt es ja in Sachsen seit ein paar Jahren immer besser. Aber nun kommen auch die ersten vernünftigen Leute in der CDU zu dem Schluss, dass das so positiv für Sachsen nicht ist.

Es geht heute natürlich vorrangig um die Zukunft. Das heißt – wie in der Überschrift unseres gemeinsamen Antrages mit den GRÜNEN – „... Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken“.

(Uwe Wurlitzer, AfD, steht am Mikrofon.)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Nein, Herr Wurlitzer.

Das heißt aber auch, wir müssen von jetzt an aufarbeiten – und dazu lade ich alle demokratischen Fraktionen ein –,

was dazu geführt hat, dass der staatliche Rahmen in Sachsen nicht funktioniert.

2013 waren 80 % der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in den sächsischen Ministerien Menschen mit westdeutschem Migrationshintergrund. Ich habe nichts gegen Sachsen in Bayern, also habe ich auch nichts gegen Schwaben im Erzgebirge; das ist nicht das Thema. Es sind gute Leute gegangen und gute Leute gekommen. – Aber offenbar nicht so viele gute, dass es gerechtfertigt wäre, ihnen auch ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution das Gros der Verantwortung im Staatsapparat zu überlassen.

Zur Vergangenheitsbewältigung gehört auch die Antwort auf die Frage, ob beispielsweise viele zweit- und drittrangige Juristen aus den alten Bundesländern, die sich unter Regie des hochpatriotischen CDU-Justizministers Heitmann

(Zuruf von der CDU)

bei uns im Justizapparat eingenistet haben, ein Segen für die Entstehung einer intakten Rechtskultur gewesen sind.

Für Sachsen kommt auch noch ein gesellschaftlicher Umbrucheffect dazu, dass die Leute 1989 dachten, es gebe jetzt Demokratie für sie im Sinne von Mitgestaltung – eben nicht nur eine repräsentative Demokratie, von der Sie von der CDU immer schwafeln. Jetzt fühlen sie sich nämlich erneut von oben herab behandelt und unverstanden und zum zweiten Mal – ich formuliere es jetzt einmal etwas drastisch – verarscht und sind besonders motiviert, gegen das System vorzugehen.

Kurzum: Dass Sachsen im Jahr 2016 spürbar außer Kontrolle geraten ist, hat etwas damit zu tun, wie die CDU seit 1990 Sachsen unter Kontrolle gebracht hat.

Ich will Ihnen am Ende meiner Ausführungen einige Antworten aus Sicht der LINKEN auf die Herausforderungen geben, die den Sächsischen Landtag auf dieser Sondersitzung besonders bewegen sollten:

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Erstens. Im Kampf für ein menschenwürdiges Leben aller Einwohnerinnen und Einwohner in Sachsen setzt sich der Landtag konsequent gegen menschenverachtende Denkmuster wie Antisemitismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen ein. Wir müssen leider feststellen, dass menschenfeindliches Denken und Handeln in allen Altersgruppen und allen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden ist.

Zweitens. Dagegen anzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich durch verschiedene Politikfelder zieht. Der Landtag erachtet die umfassende Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche Aufgabe, die nicht allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist. Daher richten wir uns gegen jede Form von Diskriminierung anders Lebender, anders Aussehender oder Liebender und streiten für deren Akzeptanz und die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für Einheimische wie Zugezogene.

Drittens. Eine rasche Aufklärung und konsequente strafrechtliche Verfolgung von rechten Straftätern und Hassverbrechen muss gewährleistet sein. Dafür braucht man keinen Verfassungsschutz. Benötigt wird ausreichend fachkundiges Personal bei Polizei und Justiz.

(Beifall bei den LINKEN)

Viertens. Notwendig ist die Entkriminalisierung des vielfältigen Protestes gegen rechte Aufmärsche. Mit Opfern rechter Gewalt zeigen wir uns solidarisch.

Fünftens. Rassistische Einstellungen und Handlungen müssen als Problem benannt werden. Es ist analytisch falsch, verallgemeinernd von Extremismus zu sprechen. Zu lange hat die Politik, haben Behörden unter Anwendung dieses Begriffes die Bedrohungslage der extremen Rechten verkannt.

(Beifall bei den LINKEN)

Sechstens. Der Sächsische Landtag wird dafür Sorge tragen, dass Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme Rechte in dem Bereich Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Verwaltung in den Kommunen sowie für Polizei und Justiz verstärkt werden. Gerade bei der Polizei und den Gerichten und im Justizvollzug mangelt es oft an der nötigen Sensibilität für dieses Thema.

Siebtens. Der Sächsische Landtag plädiert für eine offene Form der Diskussion gemeinsam mit Wissenschaftlern, Zivilgesellschaft und örtlich Engagierten. Als geeignetes Mittel erweist sich dabei ein regelmäßiger Sachsenmonitor, um die Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie antidemokratischen, menschenfeindlichen und NS-verherrlichenden Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung zu erkennen.

Achtens. Der Sächsische Landtag setzt sich für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für ein tolerantes Sachsen als Querschnittsverantwortung der Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ein.

Neuntens. Der Landtag unterstützt antifaschistische und antirassistische Projekte, Initiativen und Bündnisse sowie das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Dieses Programm soll dauerhaft fortgeführt werden; die Mittel sind umgehend aufzustocken und der Beirat ist wieder einzuführen.

Zehntens und Letztens. Der Landtag sieht dringenden Bedarf an einer stärkeren Institutionalisierung der Beratungsnetzwerke wie Opferberatung, Aussteigerprogramme sowie der mobilen Beratung.

Des Weiteren benötigt Sachsen eine breite und öffentliche Unterstützung für Kommunen bei der politischen Bildungsarbeit. So sollten durch die Landeszentrale für politische Bildung Multiplikatoren für Schulungsmaßnahmen vor Ort befähigt werden.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn die Regierungspolitik nicht weiter an der Legende der Flücht-

lingskrise strickt, sondern dem Ideal der Aufklärung folgend auf wirkliche Ursachen und Wirkungen schaut.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn sich die obrigkeitstaatliche CDU einer kritischen Aufarbeitung ihrer Regierungsarbeit stellt.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn die Staatspartei CDU ihre Ignoranz gegenüber konstruktiven Vorschlägen der demokratischen Opposition aufgibt.

Einen Neuanfang kann es in Sachsen geben, wenn eine Mehrheit im Landtag endlich eine sozial verantwortliche Politik für die im Land Sachsen lebenden Menschen macht.

Herr Ministerpräsident, hören Sie auf mit der Relativierung und packen Sie es mit an.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbber: Für die Fraktion DIE LINKE sprach Herr Kollege Gebhardt. Nun ergreift für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kupfer das Wort.

Frank Kupfer, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein Sachse, und ich bin stolz auf dieses Land.

(Beifall bei der CDU, der AfD und der Staatsregierung)

Ich bin stolz darauf, was wir gemeinsam in den letzten 26 Jahren aufgebaut haben. Das lasse ich mir, meine Damen und Herren, von niemandem schlechtreden, auch nicht von Ihnen, Herr Gebhardt.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle mich vor die Sachsen, wenn sie pauschal verurteilt oder beleidigt werden.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:
Das hat überhaupt niemand gemacht! –
Uwe Wurlitzer, AfD: Zuhören!)

Ich tue das aber nicht blind, und ich tue das auch nicht einseitig. Die Bilder, die in den vergangenen Wochen über den Äther gegangen sind, die Bilder aus Bautzen und auch aus Clausnitz, haben mich tief erschüttert. Wenn Menschen, von blindem Hass und Intoleranz angetrieben, andere ganz gezielt in Angst und Schrecken versetzen und bewusst deren Unversehrtheit riskieren, dann ist das für mich an Verabscheuungswürdigkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der AfD – Beifall bei der Staatsregierung)

Das, meine Damen und Herren, betrifft nicht nur fremdenfeindlich motivierte Handlungen, sondern auch Angriffe auf engagierte Bürgerinnen und Bürger, auf Politiker und kommunale Amtsträger. Das darf und das wird sich die Zivilgesellschaft nicht gefallen lassen. Diese Leute dürfen nicht damit rechnen, dass ihre Taten ohne

Konsequenzen für sie ausgehen. Ich kann Ihnen sagen, dass es eine lückenlose Aufklärung der Geschehnisse geben wird. Diese Leute haben den Fleiß und die positiven Eigenschaften der Sachsen in Misskredit gebracht und sie haben uns als Sachsen insgesamt einen Bären dienst erwiesen. Ihnen steht nicht zu, „Wir sind das Volk!“ zu rufen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen hier keine Belehrungen von außen. Wir wissen selbst, was zu tun ist und wie wir handeln.

(Lachen bei den LINKEN)

Im Unterschied zu anderen beschäftigen wir uns zuerst mit den Fakten und haben keine ideologischen Scheuklappen.

(Beifall bei der CDU –
Lachen und Zwischenrufe bei den LINKEN)

In der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Innenausschusses hat der Polizeieinsatz in Clausnitz zum Beispiel eine vollkommen andere Bewertung erfahren, als dies vorher von einigen kommuniziert wurde.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Na ja, Teile davon!)

Meine Damen und Herren! Unser Land wurde wiederholt durch gemeingefährliche Randalierer und Pöbler in Verruf gebracht. Es tut schon weh, wenn knapp 26 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung in einer Hamburger Zeitung eine Deutschlandkarte veröffentlicht wird, auf der unser Freistaat Sachsen in brauner Farbe dargestellt und als Schandfleck bezeichnet wird.

(Zuruf von den LINKEN)

Das ist nicht Sachsen!

(Starker Beifall bei der CDU, der AfD und der
Staatsregierung – Interner Wortwechsel von
Abgeordneten der CDU und der LINKEN)

Das haben unsere Bürgerinnen und Bürger nicht verdient. Alle Anstrengungen und Erfolge des Wiederaufbaus und der Entwicklung unseres Landes wurden durch solche unerträglichen Aktionen von Brandstiftern und Pöblern in den Schatten gestellt.

Ja, meine Damen und Herren, wir haben ein Problem mit Rechtsextremismus. Der Ministerpräsident hat es gesagt, auch vorige Woche im Bundesrat. Aber es ist nicht nachvollziehbar, wenn von bestimmten politischen Strömungen dieses Problem instrumentalisiert wird, nur um unsere erfolgreiche Politik der vergangenen 26 Jahre zu diskreditieren.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –
Zurufe von den LINKEN)

Die sächsische Union hat seit jeher mit allen Mitteln des Rechtsstaates auf Rechtsextremismus hart und deutlich reagiert.

(Klaus Bartl, DIE LINKE: Wie denn? Wo denn?)

– Ich sage es Ihnen gleich, Herr Bartl.

Bereits nach den ersten Ausschreitungen in Hoyerswerda haben wir die „Soko Rex“ bei der sächsischen Polizei gegründet.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:
Und wieder heruntergefahren!)

2012 wurde das Operative Abwehrzentrum (OAZ) installiert.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:
Was war dazwischen?)

Im vergangenen Jahr, im Jahr 2015, haben wir als CDU dafür gesorgt, dass bei der Integrierten Ermittlungseinheit des Justizministeriums (INES) ein Sonderdezernat Politisch motivierte Kriminalität geschaffen wurde.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Jetzt hören Sie genau zu: Das OAZ ist das robuste Instrument eines starken Staates gegen den Rechtsextremismus.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –
Zurufe von den LINKEN)

Es funktioniert sehr wohl. Bis Anfang 2015 wurden insgesamt 279 Ermittlungsverfahren gegen rechtsextremistische Gewalt- und Straftaten eingeleitet. Es gab 631 Beschuldigte. Die Aufklärungsquote lag bei 73,1 %. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wir, meine Damen und Herren, setzen auf dieses Instrument, und wir haben vollstes Vertrauen in die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten im Freistaat Sachsen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD
– Beifall bei der Staatsregierung)

Gegen Rechtsextremismus hilft eine starke bürgerliche Zivilgesellschaft, und gegen Rechtsextremismus hilft eine klare und eine verständliche Politik.

(Enrico Stange, DIE LINKE:
Bravo! Jetzt hat er es!)

Deshalb unterstützen wir seit 1999 bundesweit einmalig und kontinuierlich das Ehrenamt mit dem Förderprogramm „Wir für Sachsen“.

(Zuruf der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE)

Gerade erst wurde im Sächsischen Landtag die Erhöhung der Ehrenamtszuschale beschlossen. Auch das ist ein Teil der Strategie, Extremisten den Nährboden zu entziehen.

Von einer Verharmlosung des Problems in Sachsen, von landesweiter Fremdenfeindlichkeit und einer Normalität des Extremismus kann überhaupt keine Rede sein. Dagegen wehre ich mich ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wer so etwas pauschal in die Öffentlichkeit trägt, schürt bewusst Politikverdrossenheit und Vorurteile.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wir, meine Damen und Herren, setzen nicht nur auf harte und konsequente Umsetzung von Recht und Gesetz, sondern wir fördern auch eine starke bürgerliche Zivilgesellschaft.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Glauben Sie das wirklich?)

Zu einer gut funktionierenden Demokratie gehört es nicht nur, sich auf die Rechte zu berufen, sondern sich auch den Pflichten zu stellen. Wir treten für einen präventiven starken Staat ein, in dem Recht, Ordnung und innere Sicherheit ein hohes Gut sind. Dabei ist uns bewusst, dass die Kommunikation mit der Bevölkerung noch mehr verstärkt werden muss. Aber nicht so, wie Sie, Herr Gebhardt, uns das vorschlagen, nach dem Motto: Erziehung der Bevölkerung zu allseits gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten. Darüber sind wir nämlich hinweg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Gut gelernt!)

Jeder in unserer Gesellschaft – ob im kleinen oder eher im großen öffentlichen Rahmen – hat dabei seine Verantwortung zu tragen.

Die Bewertung von Geschehnissen besonders auch durch uns Politiker – dabei ist es egal, welcher Couleur – prägt ganz entscheidend das Meinungsbild jedes Einzelnen, auch über die Landesgrenzen hinaus. Wer hier versucht, ideologisches Kapital zu gewinnen, und ein Problem für seine Propaganda instrumentalisiert, der erzeugt nichts anderes als Vorurteile gegenüber dem Freistaat Sachsen. Das wird dem größten Teil der aufrechten und anständigen vier Millionen Bürger in Sachsen nicht gerecht.

Eine pauschale Medienschelke halte ich für unangemessen. Aber schon im Fall der Ereignisse in Köln – –

(Enrico Stange, DIE LINKE: Lügenpresse! –
Uwe Wurlitzer, AfD: Pinocchio!)

– Wenn das Ihr Vokabular ist, meines ist es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Schon im Fall der Ereignisse in Köln in der Silvesternacht hat sich gezeigt, dass die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender wenig mit der Realität zu tun hatte. Häufig war nur die persönliche Überzeugung der Autoren Maßstab der Berichterstattung. Diese Erfahrung musste in den letzten Tagen auch unser Ministerpräsident schmerzlich machen.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE:
Der musste aus Sachsen raus!)

Sie können sich gern noch einmal die Interviews ansehen, die am Sonntag und am Montag mit ihm geführt wurden.

(Zwischenruf von den LINKEN)

Gerade im Umgang mit – –

– Es kommt auch ein bisschen auf die Fragestellung an und auf den Respekt vor dem, den man befragt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Aber, dass Sie keinen Respekt haben, ist mir schon klar.

Meine Damen und Herren! Gerade im Umgang mit der Flüchtlingsfrage sollten wir alle, Politiker und Journalisten, sehr sensibel und differenziert auf die Stimmungslage in der Bevölkerung hören.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Pressefreiheit!)

Da dürfen keine Ängste entstehen oder diese gar geschürt werden. Wenn wir ehrlich mit dem Thema umgehen wollen, und das tut die sächsische Union, dann gehört es zur Wahrheit auch zu sagen, dass wir nur so viele Asylbewerber in unserem Land aufnehmen können, wie unsere Städte und Gemeinden verkraften.

(Beifall bei der CDU und der AfD –
Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Das müssen die Bürgermeister
unterschreiben, die noch gar keine haben!)

Das ist nicht unerheblich, meine Damen und Herren, um die Akzeptanz für die Flüchtlingspolitik in der Bevölkerung zu erhalten. Deshalb müssen wir darüber reden, wie die Flüchtlingsströme einzudämmen sind. Dazu brauchen wir klare Maßgaben, Maßnahmen und Strukturen, die die Politik auf allen Ebenen vereinbaren muss. Jeder, der zu uns kommt, muss sachgerecht und anständig behandelt werden, egal, ob er bleiben darf oder nicht. Das geht nur, wenn die Flüchtlingsströme die Allgemeinheit nicht überfordern. Hier unterstütze ich auch voll und ganz den Kurs der bayerischen CSU und deren Position,

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Aha!)

dass, sofern die internationalen Schritte in dieser Frage nicht gelingen, nationale Lösungen erforderlich sein müssen, und zwar zeitnah.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Ich halte nichts von einer Schelke gegenüber den Beschlüssen der Balkankonferenz und dem Standpunkt der österreichischen Regierung in der Flüchtlingsfrage. Und auch dazu stehe ich: Nationale Interessen müssen gewahrt werden dürfen, und das erst recht, wenn sich abzeichnet, dass ein Land überfordert wird mit den Aufgaben bei der Aufnahme von Flüchtlingen, auch wenn es zeitweise dazu führt, dass nur eine geringe Zahl von Asylbewerbern, die sich ausweisen können, die Grenze übertreten darf.

Wir hatten am letzten Wochenende eine Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Brüssel. Wir haben unter anderem mit Jean-Claude Juncker

(Zuruf des Abg. Mirko Schultze, DIE LINKE)

über die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union gesprochen und es hat sich abgezeichnet, dass es eine schnelle Lösung in der Flüchtlingsfrage europaweit nicht geben wird. Wir wollen, meine Damen und Herren, vor allem eines: dass Integration gelingt. Das heißt für mich aber Fördern und Fordern mit dem Ziel der vollen Integration der Asylbewerber in unsere Gesellschaft, und zwar so, wie wir die Gesellschaft verstehen.

(Oh-Rufe von den LINKEN)

– Sie können das gern anders sehen.

Was wir nicht wollen, meine Damen und Herren, – –

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Nur keine Veränderung! Nur keine Veränderung!)

Was wir nicht wollen, sind Parallelgesellschaften.

(Beifall bei der CDU und der AfD –
Unruhe bei den LINKEN)

Ich möchte nicht, ihr Schreihälse, dass es in sächsischen Städten

(Heiterkeit bei der CDU)

so genannte No-go-Areas gibt, wo sich niemand mehr hineintraut, weder die Zivilgesellschaft noch die Polizei. Das hat mit Integration nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der AfD –
Widerspruch bei den LINKEN)

Zur Integration braucht es eine klare Definition und klare Kriterien für ein Integrationspaket. Wir werden dieses Integrationspaket im Freistaat Sachsen erarbeiten, ein Konzept liegt vor. Es ist uns wichtig, dass die Landkreise ihre Kompetenzen bündeln und stärken und dass die Verantwortung vor Ort zur Koordinierung von Integrationsmaßnahmen bedarfsgerecht ausgesteuert wird. Wie Integration gelingen kann, zeigen viele Beispiele in Sachsen. Kürzlich in den Medien erschienen war Wiederau, wo es anfänglich Bedenken gab und jetzt die Asylbewerber eben nicht mehr aus Wiederau rausmüssen, sondern bleiben sollen. Integration kann also gelingen und sie gelingt auch.

Meine Damen und Herren! Wir werden neben dem Integrationspaket das Programm „Weltoffenes Sachsen“ auf den Prüfstand stellen. Ich darf daran erinnern, dass die Regierungskoalition von SPD und CDU in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 dieses Programm ins Leben gerufen hat. Wir haben dieses Programm auch jährlich, zumindest in Abständen, mit höheren Mitteln ausgestattet. Wir haben dies damals installiert, um ein Zeichen gegen den Einzug der NPD in den Landtag zu setzen. Und heute müssen wir genau hinschauen, ob sich dieses Programm bewährt hat oder ob es einer Anpassung bedarf. Hier will die CDU gern ihre Vorstellungen einbringen und prüfen, ob die geförderte Klientel den Zielen des Programms noch entspricht und ob der Überarbeitung von Kriterien und der Qualität von Projekten einer möglichen Aufsto-

ckung der finanziellen Ausstattung eher der Vorrang gegeben werden sollte.

In den anstehenden Haushaltsverhandlungen steht die personelle Ausstattung der Polizei auf einem der vorderen Plätze der Prioritätenliste. Zurzeit diskutieren wir darüber, 1 000 Polizeistellen zur Stärkung der inneren Sicherheit zusätzlich zu schaffen. Das ist wichtig und daran hält sich die CDU. Die Stellen sollten allerdings nicht irgendwo, sondern genau dort entstehen, wo sie effektiv gebraucht werden. Ich könnte mir vorstellen, dass wir eine neue Abteilung mit bis zu jeweils drei Hundertschaften in Dresden, Leipzig und Chemnitz installieren sowie eine technische Einheit in Leipzig, also ganz konkret eine Unterstützung in den drei Regierungsbezirken Dresden, Chemnitz und Leipzig.

Des Weiteren sollten die Stellen zur Stärkung der Strukturen mit Bürgerpolizei in den Gemeinden und Stadtteilen der Kriminalpolizeiinspektionen in den Polizeidirektionen und -revieren und der Schutzpolizei in den Flächenrevieren eingesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich an Sie alle appellieren, sich am bürgerschaftlichen Engagement und an den politischen Initiativen zu beteiligen und aktiv einzubringen. Nur so, meine Damen und Herren, können wir erreichen, dass die Demokratie, dass der Staat stark bleibt und unsere pluralistische Gesellschaft auch in Zukunft eine Heimat in Sachsen hat.

(Starker Beifall bei der CDU, der SPD,
der AfD und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die CDU-Fraktion sprach gerade Kollege Kupfer. Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Panter. Bitte, Sie haben das Wort.

Dirk Panter, SPD: Sehr geehrte Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! „Ich habe nie Hass, Abneigung, Hetze oder so was erlebt. Und dann bin ich in meinem eigenen Land und muss in solche hasserfüllten Gesichter blicken: in meinem Land. Dieses Bild dieser Köpfe – man hat gar keine Körper mehr gesehen – gehen mir nicht mehr aus dem Kopf.“ Das, meine Damen und Herren, sind nicht meine Worte, sondern die Worte von Wolfram Fischer, einem ehrenamtlichen Helfer, der mit den Flüchtlingen im Bus in Clausnitz saß.

Er war dort, er war mittendrin. Wir alle hier haben nur die Bilder gesehen. Ich meine, unerträgliche Bilder aus Clausnitz. Es waren Bilder eines Mobs, der hasserfüllte Parolen skandiert hat, Bilder von Menschen, die Angst um ihr Leben hatten, in Sachsen im Jahr 2016.

Ja, Sachsen hat in den letzten 25, 26 Jahren seit der Einheit sehr viel erreicht: den Wiederaufbau des Landes, die wirtschaftliche Entwicklung. Ich sage ganz klar: Die Menschen hier können stolz auf das Erreichte sein. Trotzdem läuft etwas falsch in diesem Land.

Wenn es hoffähig wird, dass Woche für Woche hasserfüllte Parolen und Drohungen von sogenannten besorgten Bürgern skandiert werden, wenn es schreckliche Normali-

tät wird, dass Häuser brennen, weil Flüchtlinge einziehen sollen, wenn Sachsen absoluter Spitzenreiter bei rechter Gewalt ist oder, ganz konkret, wenn ein elfjähriger Junge in Limbach auf dem Weg zur Turnhalle von zwei Männern verprügelt wird, nur weil er Syrer ist, dann können wir das nicht nur als Randnotiz zur Kenntnis nehmen. Dann haben wir ein gesellschaftliches Problem in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ich meine, die hervorragenden wirtschaftlichen Kennziffern können nicht darüber hinwegtäuschen: In unserem Freistaat mangelt es mancherorts an moralischen Kennziffern. Wenn der Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens sagt, es muss in der Vergangenheit einiges schiefgelaufen sein, dann kann ich ihm nur beipflichten. Er meint, dass in der Vergangenheit viel zu lange relativiert wurde, dass den geistigen Brandstiftern nicht entschieden genug entgegengetreten wurde. Wenn der Ministerpräsident sagt, wir haben ein Problem mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, dann hat er recht. Mag sein, dass einige das gern früher gehört hätten, aber das ändert nichts an der Richtigkeit der Aussage.

Ich möchte auch nicht darüber diskutieren, ob wir uns Belehrungen anhören müssen oder nicht, sondern ich würde mir grundsätzlich etwas mehr Demut wünschen. Denn wir, die Politikerinnen und Politiker im Freistaat Sachsen, haben eine ganz besondere Verantwortung für das, was in Sachsen passiert. Diese Verantwortung beginnt mit der Sprache. Da schaue ich hier auch nach ganz rechts. Denn Sprache kann ernst nehmen oder sie kann relativieren. Sprache kann sachlich sein oder sie kann auch mit dem Feuer spielen. Sprache kann Sorgen dämpfen oder Wut anheizen.

Ja, wir müssen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen. Wir müssen auch darüber sprechen. Wir müssen als Politikerinnen und Politiker aufpassen, dass wir Menschen nicht in eine Ecke stellen, nur weil sie vielleicht nicht ganz so ausgewogen oder teilweise intellektuell sprechen wie Politiker. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung: Der Ton macht die Musik. Dieses Verständnis hat auch Grenzen.

Wer Sorgen in angemessener Form äußert, der muss ernst genommen werden. Wer nur vorgibt, Sorgen zu haben, aber Andersdenkende und Flüchtlinge niederbrüllt, dem müssen wir klar sagen: Hier ist die Grenze erreicht, und das ist auch nicht verhandelbar!

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Natürlich gibt es ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Aber es gibt kein Recht auf Beleidigung, Beschimpfung oder Bedrohung. Das möchte ich hier ganz klar sagen.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich habe über unsere Verantwortung gesprochen. Dazu gehört auch, sich einzugestehen, dass wir in diesem

Hohen Haus schon oft über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt gesprochen haben. Im Ergebnis ist die Situation heute aber nicht wirklich besser geworden. Da möchte ich sagen: Es beschämt mich.

Der Ministerpräsident hat auch davon gesprochen, dass einige die Zeichen der Zeit vielleicht nicht ernst genug genommen haben. Es war teilweise auch so nach Heidenau und nach Freital. Und jetzt Clausnitz und Bautzen. Wir stehen wieder im Fokus der Öffentlichkeit, diesmal sogar im Fokus der Weltöffentlichkeit. Natürlich ist es nicht so, dass in der Vergangenheit nichts getan worden wäre. Es wurde einiges getan. Das ist auch schon angesprochen worden. Nur offensichtlich war das nicht genug.

Von uns hier wird erwartet, dass wir jetzt handeln. Deshalb sitzen wir auch heute hier in dieser Sondersitzung zusammen. Klar ist aber schon jetzt, egal, was wir kurzfristig tun: Es wird nicht verhindern, dass es womöglich wieder Brandanschläge gibt. Es wird nicht den nächsten Überfall verhindern. Die Statistik fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen wird wahrscheinlich weiter wachsen. Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, werden wahrscheinlich erst mittelfristig spürbar. Aber genau deshalb müssen wir jetzt handeln, genau jetzt, um uns nicht in Zukunft fragen lassen zu müssen, was wir getan haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Deshalb muss es um konkrete Maßnahmen gehen, nicht nur Ankündigungen, sondern ganz konkrete Maßnahmen. Es ist notwendig, dass wir als politische Verantwortungsträger klare Zeichen setzen, dass wir als Staat handlungsfähig sind, dass unser Staat für Sicherheit und sozialen Frieden sorgen kann, dass unserem Staat an der Bildung und auch an der Herzensbildung seiner Bürgerinnen und Bürger gelegen ist und dass unser Staat eine starke integrative und demokratische Gesellschaft braucht, die ihn trägt. Deshalb sage ich: Zeichen zu setzen heißt reden und handeln!

Wir fordern deshalb, dass der Staat gestärkt wird, dass Integration endlich beginnt, dass politische Bildung ausgebaut wird und dass die Zivilgesellschaft stärker unterstützt wird. In all diesen Bereichen haben wir ganz konkrete Vorschläge. Ich möchte nur einige Beispiele herausgreifen. Wenn wir sagen, dass wir den Staat und die Demokratie, die Gesellschaft stärken wollen, dann muss in Sachsen endlich Schluss sein mit Staatsabbau. Dann können wir nicht länger den Sozialstaat schwächen. Dann können wir nicht Personal bei der Polizei abbauen, im Bildungssystem den Personalmangel verwalten oder Personaleinsparung in der Verwaltung propagieren.

(Beifall bei der SPD, den
LINKEN und den GRÜNEN)

Wenn wir Integration endlich beginnen wollen, dann müssen wir das Maßnahmenpaket „Integration jetzt“ verabschieden und ordentlich finanzieren, damit vor allem Petra Köpping und Markus Ulbig bei der Erstaufnahme

und bei der Integration endlich die richtigen Voraussetzungen bekommen.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Wenn wir Bildung als wichtigen Baustein für die Zukunft unseres Landes begreifen, dann müssen wir unsere Lehrpläne überarbeiten. Wir müssen uns stärker auf die Anwendbarkeit und die Lernkompetenz konzentrieren. Wir müssen die ethischen, politischen und kulturellen Bildungsaspekte stärken.

Wenn wir unsere Zivilgesellschaft unterstützen wollen, dann müssen wir die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Vereinen, im Sport, bei der Feuerwehr, in den Kirchen stärker unterstützen, zum Beispiel durch eine eigene Landesinitiative.

Diese Vorschläge, aber auch noch viele mehr, haben wir als Sozialdemokraten, und wir werden sie zur Diskussion stellen. Natürlich haben wir für uns nicht die Weisheit gepachtet. Wir sind auch nicht der Meinung, dass alle Vorschläge umgesetzt werden müssen. Es gibt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt vielleicht auch noch weitere Ideen. Wir wollen aber möglichst viele Vorschläge umsetzen, und zwar für alle Sächsischen und Sachsen. Denn es geht hier beileibe nicht nur um Flüchtlingspolitik, das möchte ich ganz klar sagen. Es geht um alle Menschen in diesem Land. Es geht um ein lebenswertes Sachsen für alle.

Aber wichtig ist uns: Dem Reden muss ein Handeln folgen. Oder lassen Sie es mich anders sagen: Wir alle werden in zehn, 20 Jahren gefragt werden, was wir in dieser schwierigen Situation für Sachsen getan haben. Was haben wir getan, um den Rassismus in unserem Land zu bekämpfen? Was haben wir getan, um allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen? Was haben wir getan, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken?

In dieser Situation ist Nichtstun keine Option. Wir in diesem Raum werden uns alle messen lassen müssen, was wir getan und was wir unterlassen haben. Deshalb sage ich ganz klar: Wir werden in dieser Koalition gemeinsam handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der
CDU und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Wir hörten gerade Kollegen Panter für die SPD-Fraktion. Jetzt spricht zu uns Herr Kollege Urban für die AfD.

Jörg Urban, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich gleich zu Beginn in aller Deutlichkeit sagen: Die jüngsten Vorkommnisse in Bautzen und Clausnitz sind durch nichts zu entschuldigen. Deshalb begrüßen wir als AfD-Fraktion grundsätzlich die Einberufung des Landtags für diese Sondersitzung.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:
Jetzt plötzlich!)

Die kurze Frist hierfür könnte man kritisieren, vor allem, weil diese Vorkommnisse nur Symptome von Problemen sind, die im Grunde schon lange in Sachsen schwelen.

In den letzten Tagen und Wochen ist besonders offensichtlich geworden, dass es ein Weiter-so nicht geben darf. Wir hoffen, Sie stimmen mit uns darin überein, dass wir über die bestehenden Probleme nicht nur reden, sondern dass wir sie auch lösen müssen. Um das zu schaffen, können Regierungserklärungen nützlich sein. Sie müssen dazu aber unbedingt die Ursachen und nicht nur die Symptome des Konflikts offen benennen.

Wir haben in der Vergangenheit viele Erklärungen und Debatten rund um das Thema Flüchtlingskrise und die damit verbundenen Themen Innere Sicherheit, Bürgerproteste und politisch motivierte Gewalt erlebt. Geändert hat sich nichts; im Gegenteil: Die Situation hat sich sogar verschlimmert.

Nun plädieren Sie, Herr Tillich, für einen starken Staat und für aktive Bürger, dafür, dass unsere gemeinsamen Werte verteidigt und Radikalisierung bekämpft werden soll. Ihre Forderungen sind größtenteils selbstverständlich und sie sind zu unterstützen.

Sehr geehrter Herr Tillich, sehr geehrte Vertreter der Staatsregierung, sehr geehrte Abgeordnete der Regierungskoalition, wenn Sie von den Bürgern ernst genommen werden wollen, wenn Sie Radikalen, Rechtsradikalen und Linksradiakalen den Boden entziehen wollen, dann müssen Sie nicht nur reden, sondern auch handeln.

(Beifall bei der AfD)

Zu einem starken Staat oder besser zu einem durchsetzungsstarken Staat sagen auch wir Ja. Vor dem Hintergrund der Polizeireform 2020 und wenn man sich die Belastungssituation in vielen Gerichten und Justizvollzugsanstalten anschaut, könnte man allerdings meinen, der starke Staat sollte bis vor Kurzem abgeschafft werden, Herr Tillich.

Jetzt haben Sie Ihre Fehler aus der Vergangenheit zumindest hinsichtlich der Polizeireform erkannt. Dass die Wachpolizei nach unserer Meinung nur die zweitbeste Lösung und zahlenmäßig unzureichend ist, das haben wir auch schon vorgetragen.

Eines wollen wir von der AfD ganz deutlich sagen: Der starke Staat ist kein Selbstzweck. Er dient in erster Linie dazu, die Rechte der Bürger durchzusetzen und zu wahren, und dafür, Herr Tillich, muss Ihre Regierung auch ausreichend Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Auch aktive Bürger begrüßen wir ausdrücklich. Wir erleben leider zu oft, dass Aktivität der Bürger nur so lange erwünscht und akzeptiert ist, solange sie im Sinne der Regierung erfolgt. Aktive Bürger muss aber auch bedeuten, dass jede Form von friedlichen Protesten als

Teil der politischen Kultur verstanden wird. Wie kann man friedliche Proteste besser ausdrücken als mit Demonstrationen?

Herr Tillich, die CDU hat die Bürger in Sachsen 25 Jahre lang dafür gelobt, dass sie es waren, die vor allem mit friedlichen Demonstrationen im Jahr 1989 die Wende ermöglicht haben. 25 Jahre lang hat man die Bürger zu Recht darin bestärkt, dass friedliche Demonstrationen gerade für den demokratischen Diskurs im Land wichtig sind.

Man kann den Bürgern ihre Erfahrungen mit dem Systemwechsel im Jahr 1989 und ihre Erfahrungen mit zwei verschiedenen Staatsformen auch nicht mehr wegnehmen. Gerade in den neuen Bundesländern haben die Menschen gelernt, Regierungen und Politiker zu hinterfragen. Sie mussten mehrfach erleben, dass Freiheit gelebt und notfalls erkämpft werden muss, dass nicht alles einfach akzeptiert werden muss, was die Regierung als alternativlos präsentiert. Deshalb sind gerade in Sachsen und in den neuen Bundesländern die Proteste der Bürger besonders intensiv. Das ist keine Rechtfertigung für Gewalt oder für brennende Häuser. Es ist jedoch notwendig, die leidige Diffamierungsstrategie gegen alle Kritiker der Migrationspolitik zu beenden, die weder zu Gewalt aufrufen noch Gewalttaten ausüben.

(Beifall bei der AfD)

Bürger als Pack, Mischpoke, braune Soße oder Sachsen gar pauschal als braunen Schandfleck zu bezeichnen, das kann nur kontraproduktiv sein.

(Beifall bei der AfD)

Bestehende Kritik darf nicht unterdrückt werden. Wenn eine Partei wie die AfD Sprachrohr für kritische Bürger ist, dann müssen Sie dies im demokratischen Diskurs aushalten, wenn Sie Demokratie ernst nehmen.

Völlig verfehlt ist es, den Überbringer der kritischen Botschaft zu stigmatisieren. Das haben Sie und alle anderen Parteien jedoch bis jetzt getan.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Oh!)

Im Grunde genommen ist eine Dialogverweigerung mit der AfD eine Dialogverweigerung mit einem Teil der sächsischen Bürgerschaft.

(Beifall bei der AfD –

Dirk Panter, SPD: Meinen Sie Schießbefehl an der Grenze oder was meinen Sie?)

Herr Tillich, seien Sie doch ehrlich: Wenn Sie aktive Bürger wirklich wollen, dann binden Sie diese doch in die Entscheidungsprozesse ein, über Volksabstimmungen. Sie müssen sich dann in diesem Zusammenhang auch die Frage gefallen lassen, warum Ihre Partei, wie auch alle anderen Parteien hier im Landtag, unseren Antrag auf mehr direkte Demokratie abgelehnt haben.

(Dirk Panter, SPD, und Valentin Lippmann, GRÜNE: Weil er schlecht war! – Zuruf: Weil er kurz war! – André Barth, AfD: Kurz und prägnant)

Sie wollen unsere gemeinsamen Werte verteidigen. Herr Tillich, keine Partei hat sich so sehr von den Werten entfernt, für die sie einmal stand, wie die CDU. Es kommt nicht darauf an, was Sie hier im Landtag als Lippenbekenntnis vorbringen; es kommt darauf an, was Sie tun, um diese Werte in unserem Land tatsächlich zu verteidigen.

(Beifall bei der AfD –

Susanne Schaper, DIE LINKE:

Schusswaffen an den Grenzen, oder was?!)

Sich gegen Gewalt auszusprechen, ist richtig, es ist aber auch einfach. Schwieriger ist es, die Ursachen für Gewalt zu benennen und zu bekämpfen. Das ist Ihre eigentliche Aufgabe. Das tun Sie aber nicht, indem Sie immer neue Demokratieinitiativen ausrufen, vorgebliche Demokratiekonzerne finanzieren und Reden vor ausgesuchtem Publikum halten.

(Beifall bei der AfD)

Eines ist für die Wertedebatte ganz entscheidend: Gemeinsame Werte können nur die Bürger selbst bestimmen. Mit den Dialogforen waren und sind Sie auf einem guten Weg, Herr Tillich. Es darf dann aber nicht nur beim Wortgeplänkel bleiben. Die Erkenntnisse aus solchen Foren müssen auch im konkreten Regierungshandeln sichtbar werden.

Schlussendlich soll die Radikalisierung bekämpft werden. Das muss geschehen. Das fordert die AfD bereits seit Monaten. Wenn unsere Staatsregierung dafür sorgt, dass wir einen starken Staat mit aktiven Bürgern haben, deren Werte tatsächlich verteidigt werden, dann ist das der beste Kampf gegen eine Radikalisierung.

Die Radikalisierung geschieht ja gerade deshalb, weil sich viele Menschen nicht mehr mitgenommen fühlen, weil sie erleben, wie der Staat nicht mehr willens oder nicht mehr in der Lage ist, unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen. Das ist dann auch der Nährboden für rechts- und linksradikale Rattenfänger.

Auch die heutige Debatte macht einmal mehr deutlich: Unsere parlamentarische Demokratie steckt in einer ernstesten Krise. Durch ihr Handeln haben die Regierung und das Parlament bei einem beträchtlichen Teil der Bürgerschaft das Vertrauen verspielt.

(Susanne Schaper, DIE LINKE:

Sie sind Teil des Parlaments!)

Ein Großteil der Bürger sieht seine Interessen bei politischen Fragen nicht mehr vertreten. Bei der Asylpolitik sind laut Umfragen mehr als 70 % der Bürger mit der aktuellen Politik nicht einverstanden.

Betrachten Sie nur die Entwicklungen des letzten Jahres. Kritische Stimmen haben vor einer Flüchtlingswelle gewarnt. Diese Stimmen wurden von Politikern der Regierungsparteien und von Rot-Grün als Schwarzmalerei

und sogar als Fremdenfeinde bezeichnet. Kurze Zeit später hat auch diese Regierung von einer Flüchtlingswelle gesprochen.

Kritische Stimmen haben angemahnt, dass eine große Anzahl der Zuwanderer eben nicht aus Kriegsgebieten und dass vor allem junge Männer zu uns kommen, dass die wirklich Schutzbedürftigen hingegen meist zurückbleiben. Das wurde von Politikern der Regierungsparteien und von Rot-Grün ebenfalls als völlig übertrieben und populistisch abgetan. Kurze Zeit später haben offizielle Zahlen genau diese Prognose bestätigt.

Aufgrund der sich anbahnenden Masseneinwanderung hat die AfD mehr Mitarbeiter für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und mehr Richterstellen gefordert. Dafür wurde die AfD von Politikern der Regierungsparteien wiederum als fremdenfeindlich und populistisch bezeichnet.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Weil Sie es sind!)

Die CDU lehnte unsere Forderungen in fast schon arroganter Form ab, um sie einige Monate später selbst einzubringen und sogar zu übertreffen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den LINKEN:
Das spricht nicht für die CDU!)

Kritische Stimmen, so auch aus der AfD, wiesen frühzeitig darauf hin, dass man die Pegida-Demonstranten ernst nehmen müsse und es einfach nicht richtig sei, die Teilnehmer dieser Demonstrationen pauschal als Fremdenfeinde und Rassisten abzustempeln. Im Ergebnis wurden die Kritiker von Politikern der Regierungsparteien ebenfalls als Fremdenfeinde und Rassisten abgestempelt.

Inzwischen liegen mehrere Gutachten vor, so auch von Ihrem Parteifreund Herrn Prof. Patzelt, die bestätigen, dass der übergroße Teil der Demonstrationsteilnehmer tatsächlich lediglich zornige und unzufriedene Bürger sind und eben nicht Rechtsradikale oder Rassisten.

(Juliane Nagel, DIE LINKE:
Der hat doch keine Ahnung!)

Die Liste dieser offensichtlichen Widersprüche könnte hier noch lange fortgesetzt werden. Die Kluft zwischen dem Willen der Bürger und ihrer Lebenswirklichkeit auf der einen Seite und der von den Parteien vertretenen Politik und dem Regierungshandeln auf der anderen Seite ist heute so groß, dass viele an der Funktionsfähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie zu zweifeln beginnen.

Viele Menschen haben inzwischen sogar den Glauben an unsere demokratischen Strukturen verloren. Wenn nur noch 60 % der Bevölkerung zu Wahlen gehen, bedeutet das im Umkehrschluss, dass 40 % der Bevölkerung die Parteiendemokratie für nicht funktionsfähig halten, um ihre Interessen und Zukunftswünsche wirklich einzubringen. Um diese 40 % müssen wir uns ernsthaft Gedanken machen, nicht um die politisch aktiven Bürger, die ihren friedlichen Protest auf die Straße tragen. Die Demonstran-

ten glauben noch an die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Viele Nichtwähler tun das inzwischen nicht mehr.

Deshalb kann die Forderung doch nur sein: Stärken wir die Instrumente unserer Demokratie! Zeigen Sie, dass diese Instrumente noch arbeitsfähig sind, dass die Bürger über die Parteien in den Parlamenten und auch über Volksentscheide Einfluss nehmen können und dass ihre Stimmen nicht verloren sind! Machen Sie das Parlament wieder zu einem Platz, an dem sachlich über politische Inhalte debattiert wird! Hören Sie auf, vordergründig Parteipolitik zu betreiben! Diskutieren Sie sachlich über Anträge der Opposition, egal ob von den LINKEN, der AfD oder den GRÜNEN! Wir alle vertreten einen Teil der Bürger, die AfD in Sachsen-Anhalt hoffentlich bald 20 %.

(Beifall bei der AfD –
Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Diese Bürger dürfen zu Recht erwarten, dass ihre Interessen im Parlament besprochen werden und dass man diese Bürgerinteressen aus parteitaktischen Gründen nicht beiseite wischt. Stärken Sie die direkte Demokratie! Vereinfachen Sie die Bedingungen für Volksbegehren! Führen Sie Bürgerbefragungen durch und lassen Sie die Ergebnisse in Ihr Regierungshandeln einfließen! Treffen Sie keine grundsätzlichen Entscheidungen, die das gesamte gesellschaftliche Leben verändern, ohne die Bevölkerung dazu gefragt zu haben!

Nur wenn die Politik selbst an die Demokratie glaubt, nur wenn die Politik bereit ist, den Bürger als gleichwertigem Partner auf Augenhöhe zu begegnen, nur wenn die Politik keine Angst vor kritischen Stimmen aus einer aufgeklärten und mündigen Bürgerschaft hat, nur dann können wir all die Politikverdrossenen zurückgewinnen und davon überzeugen, dass man der Hetze von Radikalen aus allen politischen Lagern nicht folgen darf und dass unsere parlamentarische Demokratie immer noch die beste Staatsform ist, die Deutschland jemals hatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war Herr Urban für die AfD-Fraktion. Jetzt spricht Herr Kollege Zschocke für die Fraktion GRÜNE.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Urban, Sie sind nicht nur Sprachrohr kritischer Bürger, sondern Sie spalten die Gesellschaft aktiv; das will ich so deutlich sagen. Ihre Politik lässt sich am Ende nur mit Stacheldraht und Schießbefehl umsetzen.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Sie erzählen ein Zeug!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sachsen befindet sich in einer gefährlichen Krise. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien, damit unser Bundesland wieder aus dieser Krise herausfindet.

Es geht nicht darum, eine überforderte Regierungsspitze sturmreif zu schießen. Es geht darum, vor allem Wege zu finden, dass Menschen künftig vor Angriffen geschützt werden, dass konsequent gegen fremdenfeindliche Hetzer und Gewalttäter vorgegangen wird und dass die komplexen Probleme bei der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge gelöst werden.

Sachsen braucht dringend einen funktionsfähigen Rechtsstaat und eine neue demokratische Kultur in der Zusammenarbeit. Das ist unser konstruktives Motiv, und deshalb haben wir diese Sondersitzung beantragt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch anstatt die ausgereichte Hand zu nehmen, wirft uns die CDU vor, dass es uns ja gar nicht um die Sache gehen würde. Und selbst, nachdem der Ministerpräsident die Notbremse zieht und die Notwendigkeit dieser Sondersitzung erkennt, bleiben Sie bei der hämischen Bemerkung, dass damit die Staatsregierung ja nur unserem blanken Populismus zuvorkommen würde.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, eindrucksvoller konnten Sie nicht illustrieren, welche politischen Erfahrungen Sie seit 26 Jahren engagierten Bürgern hier in Sachsen vermitteln. Kern dieser Erfahrung ist gefühlte Ohnmacht, denn alle Macht geht scheinbar von der CDU und der von ihr geführten Regierung aus. Engagement ist nur dann erwünscht, solange es dieser Führung hinterherläuft. Sobald es aber kritisch wird, wird es von Ihnen diffamiert.

Viele Sachsen haben sich an die gefühlte Herrschaft einer Partei gewöhnt. Die Kehrseite dieser Gewöhnung ist aber, dass demokratische Diskursfähigkeit wenig geübt wurde. Das fliegt jetzt nicht nur Ihnen um die Ohren, sondern uns allen. Jetzt brennt es in Sachsen, die Übergriffe gehen immer weiter, und ich muss ganz deutlich an die Adresse der CDU-Fraktion sagen: Wenn Sie unseren Antrag auf eine Sondersitzung als blanken Populismus abtun, dann haben Sie den Ernst der Lage noch immer nicht verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN –
Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten erweckt den Eindruck, dass Sie, Herr Tillich, den Ernst der Lage schon verstanden haben. Auch Ihre deutliche Verunsicherung bei öffentlichen Auftritten in den letzten 14 Tagen zeigt an, dass Sie im Krisenmodus sind. Sie haben damit wirklich eine schwere Aufgabe, denn ganz Deutschland schaut auf Sachsen. Alle Augen sind auf Sie gerichtet, wenn Claus Kleber fragt: Warum ist Ihr Land Brennpunkt fremdenfeindlicher Gewalt?

Diese Frage können Sie eben nicht mit wohlklingenden Worten über Sachsens Erfolge umschiffen oder freundlich weglächeln. Wenn Sie ernsthaft nach Antworten suchen – worauf ich hoffe –, müssen Sie den Mut zum selbstkritischen Rückblick aufbringen. Die Arroganz, wie sie von

Ihrer Fraktion gerade wieder präsentiert wurde, ist dazu kein Beitrag.

Sie haben heute angekündigt, bewährte Programme und Verfahren zu stärken, weniger erfolgreiche neu zu definieren. Damit ihre Ankündigungen Erfolg haben, bedarf es zuallererst der Einsicht, dass viele bisherige Maßnahmen halbherzig, nicht selten sogar kontraproduktiv waren, zum Beispiel, wenn Abgeordnete ihrer eigenen Fraktion die Programme zur Demokratieförderung als Alimentierung von Linksextremisten verunglimpfen.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

Damit Ihre Ankündigungen Erfolg haben, Herr Tillich, müssen Sie Ihren Anteil und den Ihrer Vorgänger an der Entwicklung ehrlich analysieren. Sie, Herr Tillich, haben heute damit begonnen, Ihr Fraktionsvorsitzender leider nicht.

(Zuruf des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Niemand will der sächsischen CDU die Verantwortung für die rechtsextreme Gewaltkrise komplett in die Schuhe schieben, nein. Aber jedes Mal, wenn Sie, Herr Tillich, eine klare Aussage gegen Rechtsextremismus hier machen, kommt aus Ihrer Fraktion reflexartig der Hinweis auf die Gefahren durch den Linksextremismus,

(Frank Kupfer, CDU: Kein Wort
ist dazu gekommen, kein Wort!)

als ob Auftritte von verummten, fackeltragenden Rechtsextremen, die wie der Ku-Klux-Klan am Wochenende Einsiedel unsicher machen, irgendwie dadurch relativiert werden könnten, dass in Leipzig Steine auf Polizisten geworfen werden.

(Uwe Wurlitzer, AfD:
Auf Autos, Häuser, Gerichte!)

Wenn Menschen bedroht und Gewaltverbrechen begangen werden, macht es keinen Sinn, irgendetwas gegeneinander aufzuwiegen. Herr Tillich, widersprechen Sie Ihren Parteifreunden, die in öffentlichen Äußerungen immer noch nicht damit aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Damit Ihre Ankündigungen von heute Erfolg haben, bedarf es eines klaren Kurswechsels im Agieren für Demokratie, Menschenrechte, Respekt und Weltoffenheit in unserem Land. Dies beginnt schon bei der Sprache.

Herr Kupfer, Sie haben am 15. Februar in einem Interview ein Zeichen aus der Politik für die Bevölkerung angemahnt, dass jetzt Schluss sei in der Flüchtlingskrise. Ich sehe es nicht so wie Herr Gebhardt; das sage ich ganz deutlich. Sie haben damit nicht zu fremdenfeindlicher Gewalt angestachelt.

(Christian Piwarz, CDU:
Danke für die Klarstellung!)

Aber können Sie sich vorstellen, dass es Menschen gibt, die solche Formulierungen als Ermunterung verstehen,

selbst ein Zeichen zu setzen, weil die Politiker ja nichts tun?

(Ines Springer, CDU: Nein! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Am gleichen Abend war die Blockade in Clausnitz. Drei Tage später brannte die Unterkunft in Bautzen. Es folgten die Schändung der Moschee-Baustelle in Leipzig und es wurden Steine auf die Unterkunft in Lobstädt geworfen.

Rein symbolische Forderungen nach irgendwelchen politischen Zeichen tragen eben wenig zur konstruktiven Problemlösung bei. Wir brauchen funktionierende rechtsstaatliche und verfassungsmäßige Lösungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Tillich, damit Ihre Ankündigungen zur Stärkung der politischen Bildung Erfolg haben, ist eine externe Überprüfung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung unerlässlich. Solange dort mit wissenschaftlich zweifelhaften Dialogveranstaltungen denjenigen eine Bühne geboten wird, die demokratische Institutionen und Politiker abwerten, geht das an der originären politischen Bildungsarbeit vorbei.

In Regierung und Behörden muss auch mehr die Expertise verschiedener Politik- und Sozialwissenschaftler in Anspruch genommen werden. Einseitige Vertreter der sogenannten Extremismustheorie, die linke und rechte Einstellung gleichsetzen, die keinen Unterschied zwischen demokratischem Protest und rassistischer Hetze machen, helfen in der wirksamen Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht weiter. Genauso wenig macht es Sinn, den Fremdenhass in Sachsen argumentativ mit dem Protest gegen Stuttgart 21 auch nur irgendwie in Verbindung zu bringen.

Es muss auch endlich Schluss sein mit dem Mythos von besorgten Bürgern bei Pegida und ähnlichen Veranstaltungen. Dort werden Frauen als Wurfmaschinen in einem Geburtenschihad diskreditiert. Dort werden Journalisten bedroht und geschlagen. Diese Demonstrationen haben ein Klima befeuert, das zu Ausschreitungen führt. Die Sorgen von Menschen ernst zu nehmen darf nicht zu falschem Verständnis für die Mitläufer solcher Demos führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN, den
LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, schon in der vergangenen Woche haben Sie die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus hervorgehoben. Ich habe mich gefragt, wie Sie das meinen, da doch Menschen und Initiativen, die genau das seit Jahren tun, in Sachsen seit Jahren behindert, zum Teil auch kriminalisiert wurden. Ist es jetzt ein Kurswechsel, den Sie hier ankündigen?

Ich sage einmal ganz deutlich: Eine aktive Zivilgesellschaft gibt es längst in vielen Regionen unseres Landes, die bei der Betreuung und Integration von Geflüchteten

engagiert ist, die bei Demos gegen Naziaufmärsche und Menschenfeindlichkeit trotz Behinderung durch Behörden, Polizei und Justiz Tausende Menschen auf die Straße brachten – lange vor der von Ihrer Staatskanzlei organisierten Kundgebung. Sie wollen die Unterstützung dieser Zivilgesellschaft, dann unterstützen Sie bitte die demokratische Zivilgesellschaft, betrachten Sie diese bitte nicht als Claqueure der Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Begegnen Sie den selbstbewusst engagierten Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes auf Augenhöhe, auch wenn diese sich kritisch zur Regierungspolitik äußern. Behandeln Sie diejenigen, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, nicht als Bittsteller, sondern als kompetente Experten. Stärken Sie Demokratieförderung in Sachsen zum Beispiel durch die Aufstockung des Landesprogrammes „Weltoffenes Sachsen“. Das würde endlich eine angemessene Personalausstattung in den Projekten ermöglichen.

Um den über Jahrzehnte verfestigten antidemokratischen Einstellungen zu begegnen, bedarf es Strukturen, die kontinuierlich arbeiten können. Schaffen Sie bitte klare und mehrjährige Förderperspektiven für die Initiativen und Projekte. Bauen Sie bitte auch unsinnige bürokratische Hürden bei der Demokratieförderung ab. Schaffen Sie gängelnde Auflagen in den Bescheiden ab. Beschleunigen Sie die Entscheidung über die Fördergelder. Das ist dringend notwendig.

Und beenden Sie die Unsitte in der CDU, diejenigen, die rechtsextreme Tendenzen und Strukturen vor Ort schonungslos benennen, als Nestbeschmutzer zu diffamieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

Fokussieren Sie die Maßnahmen auf die aktuell hervorstechende Bedrohung durch den Rechtsextremismus.

Herr Tillich seien Sie selbst ein Vorbild, menschenverachtende Äußerungen und rassistisch motivierte Straftaten konsequent zurückzuweisen, so wie Sie es heute hier getan haben. Auch wenn die Gröler von Clausnitz sich unmenschlich verhalten, sind es trotzdem Menschen. Es sind Menschen, denen anscheinend zu viel falscher Sachsenstolz eingepflegt wurde. Es sind Menschen, die noch nicht gelernt haben, in einer offenen Gesellschaft zu leben.

Aber dass es auch anders geht in Sachsen, dass es ein anderes Sachsen gibt, das beweist das kleine Dorf Wiederau in Mittelsachsen. Dort leben Menschen genau diese Offenheit. Über hundert Menschen kümmern sich um 60 Geflüchtete. Als der Landtag ihr Camp auflösen will, sagen die Helfer: Nein, wir wollen das nicht. Auch das ist Sachsen. Der Landrat, die Flüchtlinge und die Unterstützer treten in den Dialog. Der Landrat nimmt das Engagement ernst und revidiert seine Position. Das ist ein Verhältnis und Zivilgesellschaft, das es anzustreben gilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute erneut von der Notwendigkeit eines starken Staates gesprochen – lassen Sie uns gemeinsam vor allem an einem handlungsfähigen funktionierenden Staat arbeiten: Bürgerinitiativen und Verbände in ihrer Vielfalt, Verwaltung, Polizei und Justiz, das Parlament und die Regierung. Wir sind dazu bereit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei den LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Mit Herrn Zschocke haben wir das Ende der ersten Rederunde erreicht und wir treten nun in eine weitere Rederunde ein. Zunächst erteile ich der Fraktion DIE LINKE das Wort. Das Wort ergreift Herr Kollege Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kupfer, Sie haben den Sinn der Rede meines Fraktionsvorsitzenden, seine Prophezeiung, dass die CDU heute wieder mit zwei Gesichtern daherkommen und über die Bande spielen wird, mit jedem Wort Ihrer Ausführungen bestätigt.

(Beifall bei den LINKEN)

Sie haben sehenden Auges bei der Präsenz von zahlreichen Bundesmedien schlicht und ergreifend jedes Wort Ihres Ministerpräsident wieder infrage gestellt.

(Christian Piwarz, CDU: Sie haben nicht richtig zugehört! War die Rede vorher schon fertig? – Zuruf von den LINKEN: Ihr seid so berechenbar!)

Was sollen wir denn nun glauben – was ist denn nun richtig, was ist denn falsch?

Das Problem ist doch, Herr Kupfer, wenn in der Situation, bei der in diesem Land zuletzt in Clausnitz und in Bautzen vermeintlich treubrave Bürger in nicht geringer Zahl Geflüchteten im offenen Hass, in geifernder Feindschaft gegenüberreten und deswegen geradezu greifbar verängstigte Kinder, Frauen und Jugendliche beschimpfen und das auch noch filmen und genüsslich ins Netz stellen, dann ist eine Extremsituation auch im anderen Sinne erreicht.

(Christian Piwarz, CDU: Genau das hat Herr Kupfer gesagt, Sie hätten zuhören müssen, Herr Bartl!)

– Ich habe mit großer Erwartung zugehört. Ich habe das Gleiche, was er immer sagt, auch wieder gehört – die Presse.

(Christian Piwarz, CDU: Hätten Sie vorhin zugehört, das würde mal helfen!)

Die Presse kann doch nichts mehr überhöhen bei dem, was sich hier vollzieht!

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN – Starke Unruhe – Zurufe von der CDU und den LINKEN)

Wenn grundlegende Werte menschlichen Anstands und einander geschuldeten Respekts mit derartiger Trefferdichte im alltäglichen Leben nicht mehr gelten und essenzielle staatsfundamentale Grundsätze wie etwa das Rechtsstaatsprinzip, das Demokratieprinzip de facto suspendiert sind und staatliche Institutionen nur noch hinterherhecheln, dann ist ein Fall klassischen Politikversagens eingetreten und dann muss man es doch einmal so benennen.

(Beifall bei den LINKEN – Christian Piwarz, CDU: So ein Unsinn!)

Sie müssen doch endlich einmal annehmen: Was sich da an Beschämendem im Freistaat Sachsen entwickelt hat, ist letztlich die Wirkung einer über 25 Jahre betriebenen falschen Politik. Nun benenne ich nicht nur die CDU, sondern sage nur eines: Herr Ministerpräsident, Sie sind seit 19 Jahren Mitglied des Kabinetts, waren also an führender Stelle in jedem Fall mit verantwortlich für diese Politik.

(Christian Piwarz, CDU: Wer rechnen kann, ist klar im Vorteil! Es geht auch um die Wahrheit! Noch einmal nachrechnen!)

– Ich stehe Ihnen gern für Antworten zur Verfügung, wenn Sie meine Rechenkünste überprüfen wollen.

(Heiterkeit bei den LINKEN – Christian Piwarz, CDU: Sie können sich auch selbstständig korrigieren!)

Es ist einfach nicht gelungen, jene Wertorientierungen, über die wir, beginnend vor 25 Jahren, in diesem Haus mit großer Vehemenz gestritten, debattiert und uns bei allem Streit dann aber gemeinsam verabredet haben, auch wirklich in den Köpfen und in den Herzen der Sächsischen und Sachsen möglichst durchgängig zu vereinen. Das ist uns nicht gelungen; wir haben gemeinsam die Verantwortung – das hat auch Rico Gebhardt gesagt – und nehmen uns nicht aus, nimmt sich DIE LINKE nicht aus. Von Jahr zu Jahr fühlen sich die Sächsischen und Sachsen, das muss man auch mal sagen, durch die Politik, durch die etablierten Mehrheiten, mehr betrogen und – auf Deutsch gesagt – verscheißert.

Was ist denn geworden aus diesem großspurigen, mit der Verfassungsdebatte damals angekündigten sächsischen Weg, dass wir zwei gleichberechtigte Gesetzgeber haben, dass das Volk sowie das Parlament trotz aller repräsentativen Demokratie zugleich auch Gesetzgeber sein kann, an politischer Willensbildung mitwirken kann?

Nachdem sich Jahr für Jahr gezeigt hat, dass diese Quoren für Volksbegehren, für Volksantrag usw., allzumal bei der schwindenden Bevölkerungszahl, überhaupt nicht mehr realistisch sind, haben Sie nicht die Größe aufgebracht, an den Quoren einmal 2 oder 3 % zu ändern. Nichts. Einfach ignoriert.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Alles bleibt so, wie es ist!)

Bei jedem großen Politikversagen – Stichwort Paunsdorf, Stichwort Sächsische Landesbank, Stichwort Sachsen-sumpf,

(Christian Piwarz, CDU: Vorsicht!)

Stichwort NSU – ist schlicht und ergreifend mit Vehemenz aus der Regierung heraus die Aufklärung direkt beeinträchtigt worden.

(Zurufe von der CDU)

– Wir mussten für die Untersuchungsausschüsse über Leipzig teilweise die Herbeigebung der Akten einklagen. Das wissen Sie doch alles.

(Interne Wortwechsel zwischen den
Abgeordneten der LINKEN und der CDU)

Sie hatten beim NSU-Untersuchungsausschuss nie die Bereitschaft, die Wahrheit in den Ausschuss zu bringen. Ich habe das vier Jahre als Stellvertretender Ausschussvorsitzender erlebt. Das war weiß Gott nicht glänzend.

Die Konsequenz ist, dass das Ansehen der Politik bei der Bevölkerung auf den Hund gekommen ist. Wir müssen es doch einmal so sagen. Wenn wir das wieder in den Griff bekommen wollen, wenn wir Sachsens beschädigten Ruf nach unserer Mutation vom Musterlände zum Looser wiederherstellen wollen, dann müssen wir konkret werden. Das haben wir Ihnen mit den Wegen, mit den Schritten, die wir in dem Antrag der beiden Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE vorschlagen, gemacht.

Erstens soll die Staatsregierung unverzüglich dem Landtag ein Gesamtkonzept vorlegen, wie wir zeitnah die komplexesten Problemlagen bei der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen endlich lösen. Die Teilhabe dieser Menschen muss man dabei im Auge haben.

Zweitens müssen wir unsere gemeinsame Verantwortung dafür nachhaltig klarstellen – und das möglichst ausnahmslos beginnend in diesem Hohen Haus –, dass es ein No-Go ist, Menschen, die hier Schutz und Unterbringung und Unterstützung suchen, in dieser Art und Weise, wie in Clausnitz, Bautzen und anderswo geschehen, anzugreifen. Das ist ein No-Go.

Herr Wippel, wenn ich im Innenausschuss Ihre Rede gehört habe, in der Sie sich allen Ernstes hinstellen und im Innenausschuss quasi sagen, dass es selbstverständlich statthaft war, den Traktor mit voller Kriegsbemalung, mit Rundumleuchte und allem Drum und Dran, mit Winterzeug und Winterschiebegeräten auf der Straße abzustellen, daneben einen Kleintransporter und einen PKW zu packen und damit dem Bus mit den Flüchtlingen keinerlei Bewegungsmöglichkeit mehr zu geben, dann frage ich Sie – ich lese im Volkshandbuch nach, Sie sind Polizeibeamter –: In welchem Land haben Sie Ihre Verfassungs-, Straf- und Verwaltungsrechtslehre gehabt?

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Selbstverständlich.

Sebastian Wippel, AfD: Sehr geehrter Herr Bartl, können Sie die Fragen noch einmal stellen, damit ich auf die Zwischenfrage antworten kann?

2. Vizepräsident Horst Wehner: Sie sollen bitte eine Frage stellen.

(Lachen bei den LINKEN)

Sebastian Wippel, AfD: Herr Bartl, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass es nicht richtig ist, was Sie gerade bezüglich dessen gesagt haben, was ich im Innenausschuss gesagt haben soll? Das ist in der Form nicht zutreffend. Es ging allein um die Frage der rechtlichen Beurteilung einer Nötigung. Ich habe nicht gesagt, dass es statthaft ist, die Anreise von Flüchtlingen zu blockieren. Das ist eine falsche Feststellung.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Wie war Ihre Frage?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Wir haben die Frage der Rechtswidrigkeit dieses Handelns aufgeworfen. Sie haben gesagt: Das ist nicht rechtswidrig. Da sagt der geneigte Jurist nach einem Blick ins Strafgesetzbuch – das habe ich dann auch gesagt –: Es gibt den § 315 b, Bereitung von Verkehrshindernissen. Das ist ganz eindeutig. Schon da beginnt es, bei einer ganz profanen allgemeinen Kriminalität.

Sebastian Wippel, AfD: Das stimmt nicht.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Das ist unsere Not.

Was in Bautzen, in Clausnitz im besonderen Maße auffällt und die jetzt für uns erklärtermaßen notwendige Verbringung der Flüchtlinge zu ihrem eigenen Schutz aus dem Bus hinein in die Asyleinrichtung infrage stellt, ist, dass das derbe Vorgehen der Polizei in dem Fall mit der ansonsten geübten Toleranz gegenüber den sogenannten Wutbürgern überhaupt nicht zusammenpasst.

(Beifall bei den LINKEN)

Diese unangebrachte Toleranz, die damit begonnen hat, dass man Lutz Bachmann, einem der Vortänzer der sogenannten Wutbürger, über Monate in Kenntnis seines stattlichen Vorstrafenregisters gestattete, Anmelder bzw. Leiter der Pegida-Aufmärsche zu sein, damit gewissermaßen seine Verlässlichkeit und Integrität, wie es das Versammlungsgesetz dafür fordert, voraussetzte und ihm diese bedenkenlos zusprach, kann nur Erstaunen machen. Erst nachdem das zigste Ermittlungsverfahren eingeleitet war, hat er selbst die Reißleine gezogen.

In Serie werden im Rahmen von angemeldeten oder nicht angemeldeten Aktionen – im Netz sowieso –, ich bleibe einmal dabei, durch die sogenannten Wutbürger Beleidigungen, Verleumdungen, hetzerische Bedrohungen von Politikern und kommunalen Verantwortungsträgern vom

Stapel gelassen, ohne dass von Staats wegen etwas passiert, so, als hätten wir keinen § 188 im StGB, der üble Nachrede und Verleumdung gegenüber Personen des politischen Lebens unter Strafe stellt, oder keinen § 90 b, der die Verunglimpfung von Verfassungsorganen mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis sogar vier Jahren bedroht.

Die inzwischen vielerorts gegründeten Bürgerwehren – ich gehe einmal von meiner Heimatstadt Chemnitz, Einsiedel aus – können über Monate die Daten von anderen Personen feststellen, Kennzeichen festhalten, die Kennzeichen auswerten, Flüchtlingshelferinnen stalken – nichts passiert.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Gern.

Hütter, Carsten, AfD: Wie bewerten Sie denn den Gewaltaufruf der Antifa gegen die AfD ganz speziell am 05.06?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Ich bin Jurist, ich muss es gelesen haben, dann kann ich etwas dazu sagen. Bringen Sie mir etwas, dann reden wir darüber.

(Lachen bei der CDU und der AfD –
Zuruf von der AfD: Sonst sind Sie gut
informiert und jetzt wissen Sie es nicht! –
Christian Piwarz, CDU: Bezeichnend!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, Sie haben die Redezeit im Blick?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Ja, ich komme zum Ende.

Herr Ministerpräsident! Sie haben heute sehr viel Bemerkenswertes und Wahres gesagt. Das ist unstrittig.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Letzter Satz.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Nicht nur die Polizei, die sächsische Justiz, der sächsische Strafvollzug, auch viele andere Bereiche sind am Limit. Wir müssen jetzt endlich – wie heute – nicht nur gescheite Reden halten. Ich hoffe sehr, begonnen bei Ihrer Autorität, Ihrer Richtlinienkompetenz als Ministerpräsident, dass Sie das auch im Blick behalten.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, bitte!

Klaus Bartl, DIE LINKE: Wenn Sie den Mund spitzen, müssen Sie jetzt auch pfeifen.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Abg. Schiemann. Bitte schön, Herr Schiemann, Sie haben das Wort.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich empfinde sehr viel Trauer, um auf Äußerungen zu reagieren, die vom Fraktionsvorsitzenden der LINKEN hier geäußert worden sind. Ich empfinde deshalb Trauer, weil mich das, was in Bautzen passiert ist, sehr betroffen macht. Ich werde nicht auf die Fragen reagieren, auf die es sich lohnen würde, auch Antworten zu geben – mit Respekt vor dem, was leider in Bautzen geschehen ist.

Aber eines will ich deutlich sagen: Wer denkt, den Hass mit Hass zu bekämpfen, hat selbst die Brandfackel in der Hand.

(Beifall bei der CDU, der AfD
und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt nur eine Möglichkeit für diesen Landtag: Gewalt und Hass gemeinsam abzulehnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD
und den GRÜNEN – Beifall Staatsregierung)

Ich glaube, die sächsischen Bürger sind viel klüger, als es heute einige Redner in der Debatte angesprochen haben. Sie wissen, welch schwieriges Problem in diesem Staat zu lösen ist. Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die deutschen Länder stehen vor der größten Aufgabe, die nach der deutschen Einheit zu lösen ist, und ich habe keine Antworten von allen hier auf der linken Seite gehört, dieses Problem zu lösen.

(Beifall bei der CDU –
Christian Piwarz, CDU: Sehr richtig! –
Zurufe von den LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Clausnitz und Bautzen sind nach wie vor laufende Verfahren, die bisher nicht abgeschlossen sind. Es gibt Anlässe im Leben, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei denen man kaum Worte finden und sich eine Tat nicht erklären kann. Man ringt nach Worten, kann die Situation nicht begreifen und weiß die eigene Bestürzung nicht zu beschreiben.

So stand ich am frühen Sonntagmorgen mit drei Stadträten der Stadt Bautzen und einigen Bautzner Bürgern erschrocken, fassungslos und voller Ärger am Ort des Unglücks in Bautzen. Als ich mit den Kameraden der Feuerwehren sprach, hatten diese bereits einen Einsatz von mehreren Stunden hinter sich. 60 Feuerwehrleute mussten den Dachstuhlbrand bekämpfen. In den Gesichtern konnte ich aber dennoch ganz klar die Frage erkennen: Wie wird es nun weitergehen? Das Gleiche begegnete mir bei Gesprächen mit den anwesenden Polizisten, die den Einsatzort abgesichert haben, ja auch bei den Bürgern wurde die gleiche Frage gestellt. Werden wir jetzt für alles verantwortlich gemacht, was in Deutschland schief läuft?

Das waren die Fragen, die mir die besorgten Bürger, die Polizisten und die Feuerwehrleute schon am frühen Morgen gestellt haben. Anfangs noch erschrocken und fassungslos teilten wir Bautzner Verärgerung, Wut und

den Wunsch auf eine schnelle Aufklärung dieser schweren Straftat. Ich habe niemanden erlebt, der diese schwere Straftat akzeptiert hat. Auch wenn ich es bis heute nicht begreifen kann, warum es diese schwere Straftat in meiner Heimatstadt Bautzen, Budyšin, gegeben hat, möchte ich eines deutlich sagen: Hass, Gewalt und Straftaten sind keine Mittel politischer Auseinandersetzung. Diese lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab, besonders die Tat in Bautzen. Viele Bautzner wissen, was in den Bautzner Gefängnissen geschehen ist, und sie wissen auch, welche Verantwortung wir für unsere Stadt Bautzen selbst täglich zu tragen haben. Das Motto „keine Gewalt“ war auch das Verbindende während der friedlichen Revolution in den Straßen Bautzens, das uns zusammenrücken ließ. Deshalb steht jetzt die übergroße Mehrheit der Bautzner Bürger zusammen, lehnt Gewalt ab und steht zum Friedensmotto „keine Gewalt“.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Und deshalb darf Bautzen auch nicht pauschal verurteilt werden. Es ist geradezu fahrlässig, den Bautznern einzureden, dass da nur Nazis herumlaufen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:
Sagt doch auch keiner!)

Wie einer lokalen kleinen Zeitung zu entnehmen war, berichtete Michael S., ein Anwohner, der vor Ort war: „Es war ein sehr geordneter und professioneller Feuerwehreinsatz. Die paar Betrunkenen wurden schnell entfernt. Es waren auch höchstens 30 Leute da in den fast zwei Stunden, die ich vor Ort war, und von Behinderung war da nicht viel zu sehen, sonst hätte die Polizei sicher weiträumig abgesperrt.“

Die meisten Menschen, die da waren, haben ihre dort geparkten Autos aus dem Einsatzgeschehen weggefahren. Mehrere große Parkplätze, Parkmöglichkeiten, deshalb weggefahren. Dazu bemerkte der Leiter der Bautzner Feuerwehr: „Als wir vor Ort eintrafen, war alles ruhig. Mit Schaulustigen muss man immer rechnen. Es waren wirklich nur eine Handvoll Leute, die gepöbelt oder geklatscht haben. Selbst Asylgegner fanden dieses Verhalten empörend.“

Wir Bürger von Bautzen werden auch nicht akzeptieren, dass eine Handvoll Leute unsere Stadt in Misskredit bringt. Das haben mir Menschen immer wieder auf den Weg mitgegeben: Bauarbeiter, Waggonbauer, Arbeitslose, Lehrer, Verwaltungsangestellte, Polizisten, Landwirte, Unternehmer, Frauen und Männer, Deutsche, Sorben und Ausländer, verschiedene Parteien. Und viele wissen, dass wir die Menschenwürde teilen müssen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Deshalb stehen wir dazu: Wer bei uns Zuflucht gesucht hat, muss menschenwürdig behandelt und untergebracht werden. Niemand hat das Recht, einen Stein dagegen zu werfen. Wir müssen den Flüchtlingen helfen, die da sind. Wir haben aber auch Verantwortung für Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, für Wohnungslose und die Steuerzahler im Freistaat Sachsen, ja für alle Menschen, die in Sachsen zu

Hause sind. Niemand soll empfinden, dass er benachteiligt wird. Wir Bürger lassen uns in Bautzen, ja in ganz Sachsen 25 Jahre harte Arbeit von niemandem kaputtreden. 25 Jahre haben die Menschen in diesem Land hart gearbeitet und die CDU und andere Parteien haben mitgeholfen. Ich lasse mir auch hier im Hohen Haus von keiner Partei diese Leistung kaputtreden.

(Beifall bei der CDU)

Diese harte Aufbauleistung des sächsischen Volks werden weder Kriminelle noch Ideologen kaputtreden. Ich erinnere nochmals an diese riesige zu lösende Flüchtlingsaufgabe. Ich habe nach wie vor die Sorge, dass die zu lösende Aufgabe in ihrer Größe nicht von allen erkannt wird. Die Bürger wollen die Einhaltung der Werte, die diese Gesellschaft zusammenhält. Sie wollen Frieden, sie wollen Rechtsstaatlichkeit, sie wollen die Einhaltung von Gesetzen, und sie wollen eine offene und ehrliche Diskussion, wie viel dieses Land in der Zukunft leisten kann. Es ist auch gerecht, eine offene Diskussion zu führen, denn das beschreibt auch den demokratischen Rechtsstaat. Der Diskurs muss in der Gesellschaft geführt werden. Es hat niemand die Wahrheit gepachtet, auch wenn er noch so laut brüllt, egal ob von dieser Seite oder von der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU)

Ich persönlich halte es nach dem Motto:

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: „Ich habe recht!“
Das haben Sie die ganze Zeit bewiesen! –
Lachen bei den LINKEN)

Es ist sehr gut, wenn jemand seine Meinung sagen kann, auch wenn ich diese Meinung nicht teile. Das ist der Grundsatz der Demokratie.

(Zuruf von den LINKEN: Genau!)

Das ist der Grundsatz der Demokratie, dass jeder seine Position vertreten kann.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Darf ich meine auch sagen?)

Aber dennoch wird die Wahrheit nicht durch lautes Brüllen festgelegt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht reden, sondern handeln, das erwarten die Bürger. Ich stehe an der Seite der Handelnden und helfe dort, wo ich helfen kann seit über anderthalb Jahren. Wir sind über 500 Helfer von Kirchen, von verschiedenen Parteien. In Bautzen ist das möglich, da bewirft man sich nicht mit ideologischen Steinen, sondern man versucht ein Problem gemeinsam zu lösen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ein
Glück, dass wir Bautzen haben!)

Damit möchte ich deutlich machen, dass ich mich in meiner Heimatstadt, aber auch dort, wo ich hinkomme,

immer für die Belange von Kindern einsetze, egal ob hier geboren oder anderswo. Dafür werde ich mich von niemandem berichtigen lassen. Für Kinder lohnt es sich immer einzusetzen.

(Beifall bei der CDU –
Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Da kann ich sogar klatschen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bautzen wird sich weiter gegen Gewalt stellen, so wie wir das auf der Friedensbrücke gemeinsam mit einem Bild gegen Gewalt getan haben. Bautzen ist bunt, Bautzen ist mehrsprachig, Bautzen ist engagiert und Bautzen wird die Demokratie schützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –
Sebastian Scheel, DIE LINKE,
steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Scheel, Sie wünschen?

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrte Herr Schiemann!

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Scheel?

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Ich möchte eine Kurzintervention machen, Herr Präsident.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte sehr.

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Herr Schiemann, Sie haben gerade zum Ausdruck gebracht, dass man offene Diskursräume braucht und auch jede Position zur Lösung von Problemen da sein muss. Ich möchte nur einmal Ihren Oberbürgermeister, Herrn Ahrens, zitieren, der auf die Frage, welche Rolle Politiker bei der Verrohung des geistigen Klimas spielen, wie folgt abstellt: „Zu den Wegbereitern einer solchen Verrohung gehört für mich leider auch der Herr Seehofer. Sicher war es nicht sein Ziel, aber es ist ein Ergebnis seiner Positionierung zu dieser Thematik. Denn er instrumentalisiert das Thema seit langer Zeit, um Druck auf Frau Merkel auszubauen. Das finde ich sehr bedauerlich. Dadurch fühlen sich Leute mit krimineller Energie ermutigt, solch einen Schritt zu gehen.“

Die Frage der inneren Haltung und auch der Debatte, die Sie hier wieder zur Positionierung zur CSU durch Ihren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kupfer, aber auch durch Sie, was die offenen Diskursräume angeht, ist, glaube ich, durch den Oberbürgermeister der Stadt Bautzen sehr viel deutlicher auf den Punkt gebracht worden, dass man aufpassen muss, mit welchem Feuer man hier spielt, Herr Schiemann.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN –
Marko Schiemann, CDU, steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Schiemann, Sie möchten erwidern?

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht, was zu sein scheint, sondern das, was ist, muss bewertet werden. Ich stehe mit den Bautzener Bürgern – dazu zählt auch der Oberbürgermeister meiner Heimatstadt Bautzen/ Budyšin zusammen gegen Gewalt, gegen eine Entwicklung, die meine Heimatstadt, aber auch der Freistaat Sachsen nicht verdient haben. Wir werden hoffentlich auch für die Zukunft diesen Weg der Demokratie gemeinsam gehen können. Das, was Sie jetzt hineininterpretiert haben, glaube ich, muss so stehenbleiben. Ich kann es entkräften, und ich habe es deutlich entkräftet. Wir werden mit der Bautzener Bürgerschaft zusammenstehen, mit den Kirchen, mit den unterschiedlichen Parteien, die sich im demokratischen Spektrum zur Demokratie stellen. Das werden wir tun.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wir kehren zurück zur Aussprache. Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Homann. Bitte sehr.

Henning Homann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zur Sache komme, möchte ich noch zwei Sätze zur AfD sagen. Sie haben am letzten Wochenende einen Landesparteitag durchgeführt. Auf diesem Landesparteitag haben Sie sich zwei Tage lang nur um sich selber gedreht. Im Ergebnis gibt es nicht einen einzigen Vorschlag, wie wir die aktuellen Probleme und Herausforderungen dieses Landes angehen.

(Gunter Wild, AfD: Das war
ja auch ein Satzungsparteitag!)

Sie drehen sich nur und ausschließlich um sich selbst. Dann hier vorn den Parteien vorzuwerfen, sie würden es nicht tun, ist Bigotterie. Das ist einfache Bigotterie, und das werden wir auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass Sie am Ende einen Generalsekretär wiederwählen, der Frau Merkel für einen Stasi-Schläfer hält, sagt mehr über Sie aus als über Frau Merkel. Sie haben sich von der seriösen Politik endgültig verabschiedet, wenn Sie überhaupt jemals seriöse Politik betrieben haben.

Wenn ich mir Ihre Worte anhöre, höre ich eine ganz schwierige Relativierung. Sie verschieben die Schuld für die Anschläge in diesem Land auf die Politik. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt. Die Argumentation, Frau Merkels Flüchtlingspolitik sei Schuld an der Gewalt in diesem Land, ist nicht gültig. So etwas geht nicht. Es gibt keine Relativierung, das Gewaltmonopol dieses Staates und die Würde des Menschen in diesem Land infrage zu stellen. Das muss für alle in diesem Land klar sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das, was wir in Sachsen brauchen, ist jetzt mehr denn je eine Kultur des Mutes. Viele Tausende engagieren sich schon heute – aus dem kirchlichen Bereich, aus der Schülerschaft, viele Lehrer aus der Kultur, viele Unternehmer, Leute aus dem Sport, viele Leute in der Soziokultur. Diese vielen Tausend Menschen sind, finde ich, in Sachsen so etwas wie eine neue Bürgerbewegung. Sie sind das anständige Sachsen. Sie sind unser Aushängeschild. Deshalb brauchen diese Menschen unsere Unterstützung.

Es muss die zentrale Botschaft des heutigen Tages sein, dass wir diese Leute aus dem Schatten in das Licht holen. Das sind die Menschen, auf die wir stolz sein können. Das sind die Leute, bei denen wir uns auch freuen, wenn in den Medien über sie berichtet wird. Aber es ist eben nur die eine Seite. Zu diesem Aufruf zu Mut gehört für uns als Politik auch Verantwortung. Wenn wir die Leute dazu aufrufen, Mut zu haben, dann müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen, jenen, die diesen Mut zeigen, den Rücken im Kampf gegen rechts in ihrem großen Engagement für Integration zu stärken. Es muss Schluss sein, diese Menschen in ein Zwielicht zu stellen, diese Menschen zu diskreditieren. Wir sollten stolz sein, dass diese Menschen die sächsische Demokratie hochhalten und versuchen, es besser zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten ihre Warnungen ernst nehmen. Clausnitz und Bautzen sind keine singulären Ereignisse. Sie sind das Ergebnis einer langen Entwicklung. Die Opferberatung hat immer wieder davor gewarnt, viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

2014 gab es 257 Angriffe mit über 410 Opfern. Jede Woche gab es acht Angriffe mit drei Körperverletzungen. Wir alle wissen, dass die Zahlen für 2015 nicht schöner werden. Heute um 13 Uhr wird die RAA, die Opferberatung für Betroffene rassistischer Gewalt, ihre Statistik für 2015 veröffentlichen. Wir sollten gut zuhören, was diese Initiative im Namen der Opfer zu sagen hat; denn auch das gehört zu dem Bild in Sachsen.

Die Konsequenz, die wir daraus ziehen müssen, ist: Wir müssen das Engagement für Demokratie und Weltoffenheit aus der Nische herausholen. Es darf nicht nur das Anliegen einiger weniger sein. Wir müssen die schweigende und die vielleicht auch manchmal etwas zögerliche Mehrheit in diesem Land mobilisieren. Wir müssen sie mobilisieren, sich für Demokratie einzusetzen. Denn es ist der Sinn von Demokratie, dass Politik nicht für einige wenige gemacht wird, sondern für die Mehrheit. Deshalb muss es auch unser Anspruch sein, dass sich die Mehrheit für Demokratie einsetzt und nicht nur einige wenige; denn es ist in ihrem eigenen Interesse.

Wir müssen auch zugeben, sie sollen sich für die Demokratie einsetzen mit all ihren Stärken und Schwächen. Wir alle wissen, dass die Demokratie immer besser werden

kann. Wir alle wissen auch, dass die Antwort auf Demokratieskepsis mehr Demokratie ist. Das bedarf jetzt konkreter Schritte.

Ich finde, die Zeit der Bekenntnisse ist vorbei. Es bedarf konkreten Handelns. Wir haben heute einen Entschließungsantrag der GRÜNEN und der LINKEN.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:

Das ist kein Entschließungsantrag!)

Herr Gebhardt hat in seiner Rede konkrete Schritte genannt. In dem Antrag stehen sie leider nicht. Wir haben die Vorschläge sehr aufmerksam mitgeschrieben.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Ach!)

Sie haben von Herrn Panter gehört, dass wir Vorschläge machen, dass wir offen sind für Weiteres, und das meinen wir sehr ernst. Wir müssen mehr tun, als immer nur die Ursachen zu benennen, wir müssen jetzt zu konkreten Schritten kommen. Deshalb reicht Ihr Antrag für heute leider nicht.

(Zuruf von den LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind dafür, Probleme klar zu benennen und Verantwortlichkeiten zu klären. Aber wir dürfen nicht in Schuldzuweisungen verharren. Es macht keinen Sinn, Sachsen pauschal zu verurteilen. Ich glaube, das tut auch niemand wirklich; denn wir sehen, welch großes Engagement es auch hier gibt. Aber es macht auch keinen Sinn, die Probleme zu verklären.

Unser Land hat ein Problem mit Rassismus, und wir haben das nicht erst seit heute. Wir haben uns 2004 mit dem Programm „Weltoffenes Sachsen“ an die Spitze der Bundesländer gestellt und als erstes Bundesland ein eigenes Programm zur Demokratieförderung an den Anfang gestellt. Ich möchte mir nicht ausmalen, in welcher Situation wir heute wären, wenn wir die vielen hundert Projekte in den letzten zehn Jahren nicht über dieses Programm gefördert und das „Weltoffene Sachsen“ nicht gehabt hätten.

Lassen Sie uns diesem Beispiel folgen. Wir haben uns 2004 an die Spitze der Bundesländer gesetzt, was die Förderung von Demokratie angeht. Lassen Sie uns das auch 2016 tun und damit der Welt beweisen, dass es ein anständiges Sachsen gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung –

Uwe Wurlitzer, AfD, steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wurlitzer, Sie wünschen bitte?

Uwe Wurlitzer, AfD: Eine Kurzintervention.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte.

Uwe Wurlitzer, AfD: Sehr geehrter Herr Homann, die SPD macht der AfD unter Garantie keine Vorgaben, was wir bei einem Parteitag abzuhalten haben oder nicht.

Als Zweites: Wir haben eine Dresdener Erklärung auf diesem Parteitag verabschiedet und eine Resolution zur Verurteilung jedweder politisch motivierter Gewalt, was wir hier im Hause selber nicht geschafft haben.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Homann, möchten Sie erwidern?

Henning Homann, SPD: Ja, das ist richtig, aber in beiden Erklärungen war keine Antwort auf die Fragen der Zeit, sondern Sie haben sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verständigt. Das ist eine völlig unstrittige Position. Das ist im Grunde genommen eine tagespolitische Nullaussage. Kein Wort, kein Beschluss zur Integration. Keine Aussage zur Frage, wie wir den Staat stärken. Keine Aussage zur Frage, wie wir mit politisch motivierter Gewalt umgehen. Das alles bleiben Sie schuldig. Deshalb finde ich, dass sich insbesondere Ihre Person mit Ihrem Merkel-Vergleich – oder es ist ja kein Vergleich, es ist eine Verschwörungstheorie – an dieser Stelle bei dieser Debatte hinsetzen sollte und am besten nichts sagt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD:

Dann setzen Sie sich mal hin, Herr Homann! –

Uwe Wurlitzer, AfD: Darf ich darauf reagieren?)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wurlitzer, es gibt hier keine Zwiegespräche. Sie können gern hier vorkommen, an das Rednerpult, wenn Sie sich an der Aussprache beteiligen möchten.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Danke!)

Ich frage die AfD-Fraktion: Wird noch das Wort gewünscht? – Herr Abg. Hütter. Bitte sehr.

Carsten Hütter, AfD: Herr Präsident! Liebe Abgeordnete der LINKEN und der GRÜNEN, Sie haben völlig recht, Bedauern reicht nicht. Nur leider ist Ihre Auslegung von Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen und den demokratischen Rechtsstaat stärken eine andere als die der AfD und vieler Bürger.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Glücklicherweise!

– Mirko Schultze, DIE LINKE:

Da sind wir aber glücklich drüber!)

– Danke schön. Danke. – Nach unserer Ansicht zeigt man in erster Linie Haltung, wenn man jede Form von Gewalt ablehnt.

(Enrico Stange, DIE LINKE:

Was ist denn das für eine Logik!)

Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht erinnern Sie sich daran: Im vergangenen November hatten wir hier

gemeinsam eine Chance, einhellig jede politisch motivierte Gewalt zu verurteilen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:

Dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht!)

Unsere Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, dessen Wortlaut jeder Demokrat hätte mittragen können. Nur ein einziger Abgeordneter außerhalb unserer Fraktion hatte Rückgrat gezeigt und für unseren Antrag gestimmt. Jeder mag für sich selbst die Frage beantworten, welche Signale der Landtag aussendete, als er diesem Antrag nicht zustimmte.

Es ist unglaublich, sich gegen die eine Art von Gewalt klar auszusprechen und die andere Art zu verharmlosen.

(Beifall bei der AfD –

Valentin Lippmann, GRÜNE: Welche andere?)

Die AfD spricht sich gegen jede Form von Gewalt aus. Wir sind selbstverständlich für eine schnelle und transparente Aufklärung von sämtlichen Umständen, nicht erst vor dem Hintergrund von Clausnitz und Bautzen, sondern ganz generell.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Sie haben auch nie etwas anderes von uns gehört, Herr Lippmann.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:

Doch, doch! Verharmlosung!)

Liebe LINKE und GRÜNE, hören Sie auf, nur dann besondere Eile an den Tag zu legen, wenn es in Ihr politisches Konzept passt, und hören Sie auf mit immer den gleichen schnellen Vorverurteilungen. Das bringt nichts und verhärtet nur die Debatte.

Man erinnere sich nur an den Fall des getöteten Khaled B. in Dresden vor gut einem Jahr. Die Medienwelle war gigantisch. Nur wenig später stellt sich heraus, dass ein Landsmann der Täter war. Dies war übrigens bei allen Tötungsdelikten im Zusammenhang mit Asylbewerbern in Sachsen der Fall.

Was hören wir dazu von Ihnen? Wo sind die Dringlichkeitsdebatten und die Forderungen nach Konsequenzen, wenn Menschen getötet werden?

Auch bei den Übergriffen auf Asylbewerberheime war man immer schnell mit den Erklärungen, dass es sich bei den Tätern um Rechtsradikale und Rassisten handeln müsste. Ermittlungen haben dann ergeben, dass die Taten aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kämen.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:

Weil Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist! –

Sebastian Scheel, DIE LINKE:

Die CDU ist noch nicht so weit!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Hütter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Carsten Hütter, AfD: Ja, bitte.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Lippmann, bitte.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Wenn wir beim Thema Relativieren und Verharmlosen und Unterstellen sind, dann frage ich Sie, Herr Hütter: Wenn Sie uns das vorwerfen, machen Sie das denn selbst besser? Ich erinnere an eine Pressemitteilung Ihrer Fraktion – ich glaube von Frau Dr. Muster – über angeblich auf einem Streifenfahrzeug herumkletternde Asylbewerber, die sich nicht an Recht und Ordnung hielten. Mittlerweile wissen wir, das Foto ist Jahre alt. Es waren italienische Fußballfans. Wie sieht es bei Ihnen mit vorschnellen Verurteilungen von Personen aus?

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Carsten Hütter, AfD: In diesem speziellen Fall – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – geben wir einen Fehler zu. Keine Frage.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:
Dann schweigen Sie über diese Frage!)

– Was heißt, dann schweigen Sie!

(Uwe Wurlitzer, AfD: Wir
geben wenigstens Fehler zu!)

Wenn es Hunderte von Fällen gibt und in einem Fall liegen wir falsch, Herr Lippmann, dann sind wir auch so ehrlich, unsere Fehler zuzugeben. Das habe ich gerade hier für die Kollegin Muster getan, Herr Lippmann. Danke.

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls sind die Behauptungen nicht belegbar, dass ausländische Gäste und Besucher von den Demonstrationen und Versammlungen abgeschreckt würden. All diese Erkenntnisse bewegen Sie aber nicht zum Hinterfragen Ihrer Theorien und Vorwürfe.

Ihr Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Ende der Debatte. – So unterstützen Sie die Gesellschaft gerade nicht.

Es gibt auch regelmäßige Versäumnisse bei der Regierung, wie unser MdL Herr Urban bereits ausführte. Kommen wir gleich zum Beispiel Clausnitz. Es kann nicht sein, dass kein Vertreter des Landratsamtes an der Innenausschusssitzung am vergangenen Freitag teilnimmt. Folgende Fragen konnten deswegen nicht beantwortet werden, die sehr wichtig sind: Wer hat offiziell den Bus begleitet? Warum konnten im Landratsamt erst sehr spät Entscheidungen getroffen werden? Warum hat das Landratsamt nicht entschieden, den Bus zurückzusenden, um die Insassen nicht stundenlang in dieser fürchterlichen Situation zu lassen?

Liebe Mitglieder der Fraktionen LINKE und GRÜNE, zurück zu Ihrem Antrag.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Ja!)

Sie müssen sich fragen lassen, was Sie konkret unternehmen, um die Zivilgesellschaft zu unterstützen und den demokratischen Rechtsstaat zu stärken. Das, was Sie tun, ist das Bekämpfen von Symptomen. Über die wirklichen Ursachen wollen Sie nicht einmal diskutieren. Sie machen immer wieder denselben Fehler: Die Kritik vieler Bürger wird ausgeblendet. Kritische Bürger werden als geistige Brandstifter dargestellt. Schlimmer noch: Sie fachen sogar die Spaltung der Gesellschaft weiter an. Wie wirkt es denn, wenn immer wieder betont wird, dass man sich für Sachsen schämen müsse, dass immer mehr Sachsen fremdenfeindlich seien. Überhaupt sei Sachsen der Ort für Unmenschlichkeit und Rassismus.

Was meinen Sie, wie es auf unsere Bürger wirkt, wenn Frau Nagel im Plenum, wie am 27. April 2017 geschehen, sagt

(Widerspruch bei den LINKEN)

– 2015; entschuldigen Sie bitte diesen Fehler –:

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ach so!)

„Unsere Botschaft muss folgende sein: Es ist in Ordnung, wenn Asylsuchende in Sachsen leben, egal ob es 0,4 %, 4 % oder 40 % sind.“

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Ja!)

Eines müssten spätestens jetzt alle verstanden haben: Was in Ordnung ist, entscheiden nicht Sie, liebe Abgeordnete der LINKEN und der GRÜNEN. Es sind die Bürger, die es entscheiden, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb stimmt auch Ihr Appell „Bedauern reicht nicht“. Es müssen Volksabstimmungen zur Asyl- und Einwanderungspolitik wie auch zu vielen anderen Themen durchgeführt werden. Das unterstützt unsere Zivilgesellschaft. Das stärkt den Rechtsstaat und das zeigt eine wahrhaft demokratische Haltung. Ein Blick in Richtung Schweiz tut gut.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Dass wir Grundrechte haben in diesem
Land, die unveräußerlich sind!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Ich frage nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob noch das Wort gewünscht wird. – Jawohl. Herr Abg. Lippmann, bitte.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Natürlich! Wir haben ja noch Redezeit!

2. Vizepräsident Horst Wehner: Ja. Es ist aber trotzdem Ihre Entscheidung, ob Sie wollen oder nicht. Sie haben das Wort. Bitte.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Es ist aber nicht meine Redezeit, die hier herunterläuft.

(Valentin Lippmann, GRÜNE, weist auf die Anzeige der Redezeit am Rednerpult.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Darf ich meine Kollegen Schriftführer bitten. Herr Kollege Wendt, es kann hier nicht weitergehen. Die Zeit. – Herr Lippmann, bitte.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als Bundeskanzlerin Angela Merkel den Satz „Wir schaffen das!“ sagte, muss sie wohl kurzzeitig vergessen haben, dass Sachsen zur Bundesrepublik gehört,

(Oh! bei der CDU)

dass es für das Gelingen, für funktionierende rechtsstaatliche Strukturen und für die Durchsetzung eines staatlichen Gewaltmonopols Voraussetzungen braucht, die wir in Sachsen nicht mehr in ausreichendem Maße gewährleisten können. Das vorvergangene Wochenende mit Clausnitz und Bautzen hat dies in erschreckender Art und Weise noch einmal vor Augen geführt.

Sachsen und der funktionierende Rechtsstaat, ein Trauerspiel in vielen Akten. Viele fragen sich zu Recht, ob der Freistaat überhaupt noch in der Lage ist, die Errungenschaften des Rechtsstaats und seine Werte ausreichend zu schützen. Permanente Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, Hilflosigkeit gegen den grölenden und teils gewalttätigen Mob und erhebliche Schwierigkeiten, die Versammlungsfreiheit im Freistaat zu gewährleisten, ließen den Rechtsstaat in den vergangenen Jahren eher zu einer Attrappe verkommen.

Überdies ist die Androhung der Härte des Rechtsstaates nach jedem Vorfall zu einem Mantra der Hilflosigkeit verkommen, welches an der schlichten Realität scheitert. Werte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Ausprägung unserer rechtsstaatlichen Strukturen schaffen wir es tatsächlich nicht.

Herr Ministerpräsident, Sie postulieren jetzt den starken Staat, Herr Kupfer sogar den präventiven starken Staat.

(Frank Kupfer, CDU: Wann denn?)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist jetzt nicht die Zeit für die konservative Obsession des starken Staates. Es ist die Zeit für die Durchsetzung eines funktionierenden Rechtsstaates, werte Kolleginnen und Kollegen:

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

ein Rechtsstaat, der Menschen ausreichend schützt, ein Rechtsstaat, der das staatliche Gewaltmonopol sichert und durchsetzt, und ein Rechtsstaat mit einer Polizei, die in der Lage ist, Bürgerrechte zu schützen,

(Uwe Wurlitzer, AfD, steht am Mikrofon.)

und bereit ist, Fehler einzugestehen. Davon sind wir derzeit weit entfernt.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Lippmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Valentin Lippmann, GRÜNE: Gern.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wurlitzer, bitte.

Uwe Wurlitzer, AfD: Können Sie mir erklären, was der Unterschied zwischen einem starken Rechtsstaat und einem starken Staat ist?

Valentin Lippmann, GRÜNE: Ja, das kann ich Ihnen erzählen: Der Unterschied zwischen einem starken Staat und einem starken Rechtsstaat ist, dass ein Rechtsstaat auf der Einhaltung von Grundrechten, der Durchsetzung von Bürgerrechten und darauf fußt, dass diese im Wesentlichen erfüllt und durch den Staat jederzeit gewährleistet werden.

(Uwe Wurlitzer, AfD, steht erneut am Mikrofon.)

Ein starker Staat ohne starken Rechtsstaat ist erst einmal ein etatistischer Staat, der eine gewisse Obrigkeitskomponente hat und in dem von oben erzählt wird, was unten rauskommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Lippmann, gestatten Sie eine Nachfrage?

Valentin Lippmann, GRÜNE: Ja, ich gestatte eine Nachfrage.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wurlitzer.

Uwe Wurlitzer, AfD: Ich habe noch eine Nachfrage: Unterstellen Sie jetzt, dass die Staatsregierung mit dem starken Rechtsstaat, den sie haben möchte, unterstellt, dass es nicht mehr rechtsstaatlich zugeht und dass sie sich nicht mehr an die freiheitlich-demokratische Grundordnung halten?

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Wir sind kein Bildungsinstitut!)

Valentin Lippmann, GRÜNE: Hören Sie mir zu, Herr Wurlitzer, wenn ich rede. Das habe ich nicht gesagt. Das habe ich nicht gesagt, und ich fahre jetzt in meinem Redebeitrag fort.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE –
Uwe Wurlitzer, AfD: Und
Sie halten sich besser raus!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte sehr.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Herr Ministerpräsident, zur Ehrlichkeit gehört: Wir brauchen einen Maßnahmenplan zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit unserer originären rechtsstaatlichen Struktur. Für einen funktionierenden Staat braucht es eine bessere personelle Ausstattung bei der Polizei, der Justiz und der Verwaltung. Darin sind wir uns einig.

Doch die Zahlen, die Sie genannt haben, sind nicht das, was notwendig ist. Auch Sie haben jetzt den Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei angekündigt. Vielleicht

schaffen Sie – im Gegensatz zum Innenminister – es einmal, diesen dann auch zu vollziehen.

In Clausnitz konnten innerhalb von zwei Stunden gerade einmal 23 Polizisten zusammengezogen werden, und bei der sächsischen Polizei läuft der Stellenabbau munter weiter. Das ist leider kein Witz, sondern sächsische Realität. Es muss Schluss sein mit bloßen Ankündigungen, es braucht Taten.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

In einem funktionierenden Rechtsstaat braucht es nicht nur mehr Polizei, sondern eine Polizei, der möglichst viele Bürgerinnen und Bürger vertrauen. Dafür bedarf es eines Innenministers, der eine Führungskultur bei der Polizei durchsetzt, in der, erstens, Fehlerkultur kein Fremdwort ist, zweitens, interkulturelle Kompetenz und menschenrechtsorientierte Polizeiarbeit in allen Strukturen etabliert und tatsächlich gelebt wird und, drittens, gegen schwarze Schafe sichtbar vorgegangen wird, wenn sie das Außenbild der Polizei in Misskredit bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem funktionierenden Staat braucht es eine politische Führung, die eine gesellschaftlich klare Haltung zeigt. Es muss Schluss sein mit Wegducken, Ausweichen und Aussitzen. Klare Worte und klare Taten werden mehr bringen als Anbiederungen und Relativierungen, wie wir sie in den letzten Monaten viel zu häufig erlebt haben.

Wir stehen vor der großen Herausforderung, Menschen, die seit 25 Jahren Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Teilen nicht verinnerlicht haben, republikanische Werte zu vermitteln. Ein funktionierender Staat in einer starken Republik fußt auf einer starken Zivilgesellschaft. Diese starke Zivilgesellschaft hat – das gehört zur Wahrheit dazu – die Staatsregierung und die sie tragende CDU 25 Jahre lang nicht gewollt.

Wer jetzt wie Sie, Herr Ministerpräsident, in Zeiten der Not nach der geschmähten, diffamierten und teilweise kriminalisierten Zivilgesellschaft ruft, dem muss klar sein, dass dies mit einem Weiter-so Ihrer Politik nicht funktionieren wird. Obrigkeitsorientiertes und etatistisches Staatsdenken sind genau der falsche Weg. Zivilgesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif und auch nicht als Feigenblatt. Eine starke Zivilgesellschaft tut den Herrschenden weh. Sie stört, sie kritisiert, sie streitet, aber sie trägt damit die Grundfeste unserer republikanischen Staatsordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und des
Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Eine starke Zivilgesellschaft ist eine notwendige Zuzugung für bloßes Verwalten unserer Demokratie, aber sie ist ein Segen für eine stabile und lebendige Republik.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und des
Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die zweite Runde in der Aussprache. Gibt es Redebedarf für eine dritte? Ich frage die Linksfraktion. – Das ist nicht der Fall.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Wir haben keine Redezeit mehr!)

DIE LINKE hat keine Redezeit mehr. Die CDU-Fraktion? – Herr Abg. Hartmann; Sie haben das Wort.

Christian Hartmann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In meinen Ausführungen möchte ich mich auf den vorliegenden Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konzentrieren.

Ich möchte vorausschicken, dass der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung mit klaren Worten auf die Herausforderungen hingewiesen hat. Im Gegensatz zu Ihnen kann ich keinen Dissens zu den Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, nämlich meiner Fraktion, erkennen. Es ist so wie mit allem im Leben: Jede Medaille hat zwei Seiten, und es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern es geht darum, beide Facetten klar miteinander zu verbinden.

Sie werden es gleich in meinen Ausführungen merken, weil ich mich an die Punkte, die Sie aufgeschrieben haben, heranzuarbeiten möchte. Vorausgeschickt sei mit Bezug auf die Ereignisse, die wir in Clausnitz und in Bautzen erlebt haben: Ganz klar ist, dass diese Ereignisse durch nichts zu entschuldigen sind. Sie sind durch nichts zu relativieren und sie brauchen eine umfassende Aufarbeitung.

(Beifall bei der CDU)

Bei dieser Aufarbeitung müssen wir aufpassen, dass wir in den Mittelpunkt der Aufklärung, der Diskussion das stellen, was passiert ist: fremdenfeindliche, extremistische Exzesse, negative Stimmungen, die eine aggressive Grundhaltung in Clausnitz vermittelt haben, und ein Brandanschlag in Bautzen. Das reiht sich ein in verschiedene Ereignisse der letzten Monate. Ja, und es ist zu befürchten, dass es nicht die letzten gewesen sind.

Nicht im Mittelpunkt dieser Diskussion stand – das möchte ich deshalb ausführen, weil es bisher gar nicht Bestandteil war –: Wenn wir über Clausnitz sprechen, dann nehme ich Bezug auf die letzte Sitzung des Innenausschusses am vergangenen Freitag und sage deutlich für meine Fraktion: Was den Polizeieinsatz betrifft, so waren die Maßnahmen sicherlich konsequent und sie haben Bilder erzeugt, die durchaus berechtigte Fragestellungen aufgeworfen haben.

Aber ich sage auch deutlich, dass das Handeln der sächsischen Polizei gemeinsam mit der Bundespolizei vor Ort von Verantwortung getragen und im Rahmen der Situation und des Kräfteansatzes richtig war. Deshalb stellen wir uns ausdrücklich vor die Polizeikräfte und vor den Polizeipräsidenten von Chemnitz.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

In der Aufklärung bedarf es einer Hinterfragung – damit sind wir erst am Anfang –; denn das, was wir in Clausnitz erlebt haben, ist zumindest nicht pauschal durch Spontaneität zu erklären, sondern es geht durchaus der Verdacht eines planvollen Handelns einher, und das muss aufgeklärt werden.

Wir brauchen dort eine Grenze, wo Gewalt, Aggressivität, Aufruf zu Gewalt und Rassismus die Debatte prägen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen aufpassen: Wir brauchen eine offene Diskussionskultur, die auch Widerspruch zulässt.

Damit bin ich bei Punkt 1 Ihres Antrages. Ja, wir sind in einer komplexen Situation in der Frage des Umgangs mit Asyl und der Unterbringung. Ja, der Freistaat Sachsen hat hier eine Verantwortung zu tragen, und ich möchte an dieser Stelle konstatieren: Er trägt sie. Er trägt sie zum Beispiel durch die Tatsache, dass er bei den Erstaufnahmeeinrichtungen über eine Kapazität verfügt, die in anderen Bundesländern nicht selbstverständlich ist.

Wir stellen uns der Frage, wie wir mit der dezentralen Unterbringung, einschließlich der Integration, umgehen. Und nein, es ist nicht allein Aufgabe des Freistaates Sachsen, sondern es ist vor allen Dingen geprägt von europäischen und gesamtdeutschen Rahmenbedingungen. Damit bin ich bei einem Punkt der Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Sie bitte nicht ausblenden: In vielen Fragen besteht Verunsicherung in dieser Gesellschaft und Diskussionsbedarf, und der ist zulässig und legitim. Politik muss eine Antwort darauf geben, wie die Entwicklung in der Asyl- und Flüchtlingskrise gestaltet werden soll. Sie muss eine Antwort darauf geben, wo Rahmenbedingungen für Integration geschaffen werden, wo es Grenzen gibt, wo Kapazitäten vorhanden und wo sie überstiegen sind.

Diese Diskussion brauchen wir genauso wie die Diskussion, die wir beispielsweise in der Eurokrise hatten. Es bedarf eines gesamteuropäischen Ansatzes. Diesen muss man diskutieren und man muss auch in Sachsen zulassen, dass es diese Debatten gibt. Aber – noch einmal – ihre Grenzen finden sie dort, wo sie Gewalttätigkeit erreichen.

Zum Rechtsstaat. Der Rechtsstaat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in Sachsen nicht infrage gestellt. Der Rechtsstaat funktioniert auch über die Justiz, denn diese ist weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind; sie handelt entsprechend.

Natürlich – hier reden wir auch über veränderte Rahmenbedingungen in den letzten Jahren und Monaten – bedarf es eines Gegensteuerns, beispielsweise bei der Ausstattung der Polizei, aber auch im Bereich der Justiz. Damit werden wir uns – das haben wir als Koalition heute mehrfach deutlich gemacht – nicht nur durch Reden, sondern durch entsprechende Taten kurzfristig, aber vor allem auch mit den Haushaltsansätzen für die nächsten Jahre auseinandersetzen.

Die Frage der Etablierung eines parteiübergreifenden, von der breiten Zivilgesellschaft getragenen Gemeinwesens und eines sich geschlossenen Entgegenstellens gegen Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass in Sachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren – das ist durch den Ministerpräsidenten auch deutlich vorgetragen worden –, ist ein Selbstverständnis. Diesen Diskussionsprozess brauchen wir durch alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg. Das sind nicht nur – da sind wir bei einem Begriff, der mir wichtig ist – Verallgemeinerungen: die Zivilgesellschaft, die CDU, die Asylbewerber, die Sachsen.

Lassen Sie uns an dieser Stelle etwas differenzieren, denn die Zivilgesellschaft ist mehr als nur die Initiativen, die heute an der einen oder anderen Stelle durchaus auch zu Recht mit dem Hinweis, verbunden auf mehr Akzeptanz, erfasst sind.

(Beifall bei der CDU)

Das sind auch Heimatvereine, das sind Schützenvereine, das ist die Feuerwehr – das ist die breite Masse all der Sächsinnen und Sachsen, die diese Zivilgesellschaft prägen. Auch die CDU ist in sich höchst unterschiedlich. Das mögen Sie manchmal nicht mehr erkennen – das ist die Schwierigkeit, wenn Sie nicht nur behaupten, sondern tatsächlich eine Volkspartei sind. Dann haben Sie eine sehr große Bandbreite auch der Meinungsbildung der Bevölkerung in Ihrer Partei verankert. Das ist aber auch eine Stärke, weil Sie daraus die Diskussionen auch mit allen Blickwinkeln führen können.

Kurzum: Wir brauchen diese Debatte und wir brauchen eine gemeinsame Grundlage für Entscheidungen. Wir brauchen eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen in ihrer Gänze.

Ich möchte Ihnen aber auch deutlich sagen: Es kann sich nicht allein auf einzelne Initiativen konzentrieren. Ich will auch in aller Deutlichkeit sagen: Ich werde nicht den Fehler begehen – weil es hier auch unangemessen ist –, Rechtsextremismus gegen Linksextremismus ins Verhältnis zu setzen. Das ist nicht der Anspruch der heutigen Debatte; heute geht es um die Herausforderungen, vor denen wir im Umgang mit Rechtsextremismus, mit dem wir in Sachsen ein Problem haben, stehen. Es kann auch nicht sein, dass mit unserer Unterstützung und im Rahmen dieses Kampfes gegen Rechtsextremismus Initiativen gefördert werden, die den Rechtsstaat infrage stellen.

Ich möchte kurz aus einem Aufruf vom 6. Februar zitieren: Der strukturell rassistische Nationalstaat, Lagerzwang für Geflüchtete, die Instrumentalisierung des gesellschaftlichen Sexismus gegen Migranten, die staatliche Abschiebep Praxis – all das sind Zustände, die wir auf dem Müllhaufen der Geschichte sehen wollen. Das bedeutet konkret: Protest, direkte Aktionen und zivilen Ungehorsam.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so werden wir das Problem, vor dem wir gemeinsam stehen, nicht lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Kurzum: Es sind ernste Zeiten, und diese ernsten Zeiten bedürfen ernster Diskussionen von ernsten Menschen. Ich lade Sie für meine Fraktion dazu ein, diesen Diskurs miteinander zu führen, und zwar gemeinsam mit der Staatsregierung, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten – sachlich und in der Breite der Gesellschaft. Ihr Antrag springt dafür zu kurz und deswegen werden wir ihn heute ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Sebastian Scheel, DIE LINKE: Die
Darstellung des Ministerpräsidenten ist
zu kurz gesprungen, Kollege Hartmann!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wünscht dennoch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter das Wort? – Ja, bitte; Sie haben das Wort.

Sebastian Wippel, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Bartl, erstens, es liegt noch kein Protokoll des Innenausschusses vom 26.02. vor. Ihr Zitat aus dem nicht vorhandenen Protokoll ist damit unmöglich.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Er hat nicht zitiert!)

Zweitens, eine Demonstration auch mit einem Fahrzeug ist nicht ohne Weiteres unfriedlich und deswegen auch nicht unbedingt rechtswidrig. Die Polizei hat eine beschränkende Verfügung erlassen, den Platz zu räumen. Darum ging es im Innenausschuss.

Drittens, zum Tatbestand der Nötigung verweise ich inhaltlich auf das Zweite-Reihe-Urteil, das Ihnen bekannt sein dürfte.

Viertens, die Frage der Rechtswidrigkeit, die Sie im Ausschuss angesprochen haben, drehte sich um einen anderen Komplex; und zwar ging es um die sachliche summarische rechtliche Aufklärung des Sachverhaltes in Clausnitz.

Es ist die Frage, ob die begangenen Gesten und Handlungen im Bus bereits einen Anfangsverdacht von Straftaten darstellten, die dem Legalitätsprinzip unterliegen könnten. Die anderen Taten außerhalb des Busses waren zu diesem Zeitpunkt im Innenausschuss fraglos geklärt worden.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Ist es keine Folge, dass die Polizisten
ausgelacht worden sind? Großartig!)

Ich vertrat und vertrete die Auffassung, dass diese Handlungen im Bus entschuldbar sind und gegebenenfalls auch nicht rechtswidrig, was zwingend dazu führt, dass sie eingestellt werden müssten, sofern Verfahren nach dem Legalitätsprinzip eingeleitet werden müssten.

(Klaus Bartl, DIE LINKE: Wie denn?)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wippel, bitte zum Schluss kommen.

Sebastian Wippel, AfD: Allerdings hat allein die Staatsanwaltschaft das Recht, mit dem Opportunitätsprinzip das Legalitätsprinzip zu durchbrechen, wie Ihnen bekannt sein dürfte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung sowie zum Antrag in Drucksache 6/4364 beendet. Wir kommen zum Schlusswort. Möchten die Einreicherinnen ein Schlusswort sprechen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 6/4364. Mir liegt ein Antrag der AfD-Fraktion zur namentlichen Abstimmung vor. Ich verweise hierzu auf § 105 unserer Geschäftsordnung: Eine namentliche Abstimmung findet statt, wenn ein entsprechender Antrag durch sieben anwesende Mitglieder des Landtags unterstützt wird. Das liegt im vorliegenden Fall vor. Wir werden die nötigen Vorbereitungen treffen; es ist lange her, dass wir eine namentliche Abstimmung hatten. Im konkreten Fall wird der Schriftführer Kollege Wendt die Namen aufrufen und Sie nach Ihrem Abstimmungsverhalten fragen. Er wird es wiederholen und die beiden Schriftführer werden dies entsprechend vermerken und danach werden wir die Stimmen auszählen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung. Herr Wendt, ich erteile Ihnen hierzu das Wort.

André Wendt, AfD: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Ich werde mit dem Buchstaben A beginnen und in alphabetischer Reihenfolge fortfahren. Wenn Sie dem eingebrachten Antrag zustimmen möchten, quittieren Sie dies bitte mit Ja, wenn Sie ablehnen möchten, mit Nein, wenn Sie sich enthalten möchten, mit Enthaltung. Ich werde der Form halber auch die Namen derer aufrufen, die sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben, um Verwirrungen vorzubeugen.

(Leichte Heiterkeit)

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung, und zwar mit dem Buchstaben A.

(Namentliche Abstimmung –
Ergebnis siehe Anlage)

Gibt es im Plenum jemanden, den ich nicht aufgerufen habe, obwohl er anwesend ist? – Das sehe ich nicht. Somit ist die Abstimmung beendet.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Wendt. Nun bitte ich Sie, ganz schnell auszuzählen, damit ich das Ergebnis verkünden kann.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier ein übereinstimmendes Ergebnis erzielt.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich verrate nicht, dass ich unterstützt habe.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! An der Abstimmung haben 9 Abgeordnete nicht teilgenommen. 84 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt und 33 Abgeordnete mit Ja. Damit ist die Drucksache 6/4364 nicht beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung der 29. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 30. Sitzung auf Mittwoch, den 16. März 2016, 10 Uhr, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung dazu gehen Ihnen zu.

Die 29. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags ist beendet.

(Schluss der Sitzung: 13:19 Uhr)

Anlage

Namentliche Abstimmung

in der 29. Sitzung am 29. Februar 2016

Gegenstand der Abstimmung: Drucksache 6/4364

Namensaufruf durch den Abg. André Wendt, AfD, beginnend mit dem Buchstaben A

	Ja	Nein	Stimm-enth.	nicht teilg.		Ja	Nein	Stimm-enth.	nicht teilg.
Anton, Rico		x			Meyer Dr., Stephan		x		
Barth, André		x			Michel, Jens		x		
Bartl, Klaus	x				Mikwauschk, Aloysius		x		
Baum, Thomas		x			Modschiedler, Martin		x		
Baumann-Hasske, Harald		x			Muster Dr., Kirsten		x		
Beger, Mario		x			Nagel, Juliane	x			
Bienst, Lothar		x			Neubert, Falk	x			
Böhme, Marco	x				Neuhaus-Wartenberg, Luise	x			
Breitenbuch v., Georg-Ludwig		x			Neukirch, Dagmar		x		
Brünler, Nico	x				Nicolaus, Kerstin		x		
Buddeberg, Sarah	x				Nowak, Andreas		x		
Clauß, Christine		x			Otto, Gerald		x		
Colditz, Thomas		x			Pallas, Albrecht		x		
Dierks, Alexander		x			Panter, Dirk		x		
Dietzschold, Hannelore		x			Patt, Peter Wilhelm		x		
Dombois, Andrea				x	Pecher, Mario		x		
Dulig, Martin		x			Petry Dr., Frauke				x
Falken, Cornelia	x				Pfau, Janina	x			
Fiedler, Aline		x			Pfeil, Juliane		x		
Firmenich, Iris		x			Pinka Dr., Jana	x			
Fischer, Sebastian		x			Piwarz, Christian		x		
Friedel, Sabine		x			Pohle, Ronald		x		
Fritzsche, Oliver		x			Raether-Lordieck, Iris		x		
Gasse, Holger		x			Richter, Lutz	x			
Gebhardt, Rico	x				Rohwer, Lars		x		
Gemkow, Sebastian		x			Rößler Dr., Matthias		x		
Grimm, Silke				x	Rost, Wolf-Dietrich		x		
Günther, Wolfram	x				Saborowski-Richter, Ines		x		
Hartmann, Christian		x			Schaper, Susanne	x			
Heidan, Frank		x			Scheel, Sebastian	x			
Heinz, Andreas		x			Schiemann, Marko		x		
Hippold, Jan		x			Schmidt, Thomas		x		
Hirche, Frank		x			Schneider Prof. Dr., Günther		x		
Homann, Henning		x			Schollbach, André	x			
Hösl, Stephan		x			Schreiber, Patrick		x		
Hütter, Carsten		x			Schubert, Franziska	x			
Ittershagen, Steve		x			Schultze, Mirko	x			
Junge, Marion	x				Sodann, Franz	x			
Kagelmann, Kathrin	x				Spangenberg, Detlev		x		
Kersten, Andrea		x			Springer, Ines		x		
Kiesewetter, Jörg		x			Stange, Enrico	x			
Kirmes, Svend-Gunnar		x			Stange, Dr. Eva-Maria		x		
Kliese, Hanka				x	Tiefensee, Volker		x		
Klotzbücher, Anja	x				Tillich, Stanislaw		x		
Köditz, Kerstin	x				Tischendorf, Klaus	x			
Köpping, Petra		x			Ulbig, Markus		x		
Kosel, Heiko				x	Urban, Jörg		x		
Krasselt, Gernot		x			Ursu, Octavian		x		
Krauß, Alexander		x			Vieweg, Jörg		x		
Kuge, Daniela		x			Voigt, Sören				x
Kupfer, Frank		x			Wähner, Ronny		x		
Lang, Simone		x			Wehner, Horst	x			
Lauterbach, Kerstin	x				Wehner, Oliver		x		
Lehmann, Heinz				x	Wendt, André		x		
Liebhauser, Sven		x			Wild, Gunter		x		
Lippmann, Valentin	x				Wilke, Karin		x		
Lippold Dr., Gerd	x				Winkler, Volkmar		x		
Löffler, Jan		x			Wippel, Sebastian		x		
Mackenroth, Geert		x			Wissel, Patricia		x		
Maicher Dr., Claudia	x				Wöller Prof. Dr., Roland				x
Mann, Holger		x			Wurlitzer, Uwe		x		
Meier, Katja	x				Zais, Petra				x
Meiwald, Uta-Verena	x				Zschocke, Volkmar	x			

Jastimmen:	33
Neinstimmen:	84
Stimmenthaltungen:	0
<u>Gesamtstimmen:</u>	<u>117</u>

